Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 37
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 139 | Bezugspreis: Monatl. 4.— Mk. b. Abholung, 4.20 Mk. frei Haus. Durch Postbezug 4.20 Mk., aber 1.20 Mk. im Vierteljahr. Postgeld extra. Bei Einziehung des Bezugspreises auf das Postscheck muß der Verlag bis Postschluß sein. | Halle, Mittwoch, den 16. Juni 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 60 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 2.50 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50% Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang

Trimborns Zähigkeit.

Nicht ganz so schnell wie Herr Heinze von der Aufbaupartei, der schon nach 12 Stunden wieder abbaute, hat Herr Trimborn vom Zentrum die Flinte ins Korn. Mit einer Zähigkeit, die bemerkenswert ist, versucht er doch ein Kabinett zustande zu bringen, wenn es auch noch so unsicheren Boden unter den Füßen hat. Immer neue Kombinationen tauchen auf, so daß die einzelnen Parteien erst wieder Stellung dazu nehmen müssen. Die nackte Tatsache aber, daß das deutsche Volk am 6. Juni keine klare Entscheidung getroffen hat, kann er aber auch nicht aus der Welt schaffen. Natürlich gehen in einer solchen Situation auch unkontrollierbare Gerüchte herum und das kleinste Tagesereignis wird oft damit in Verbindung gebracht. So jetzt die Tatsache, daß außer Herrn Kuhlmann auch Graf Brockdorff-Rantzau in Berlin eingetroffen ist. Auch gingen schon Gerüchte herum, daß Herr Trimborn ebenfalls den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben habe, sie waren aber unzutreffend. Die Angehörigen der früheren Koalitionsparteien, zu denen ja auch das Zentrum gehört, scheinen aber die mühselige Arbeit doch besser anfassen zu können, als die Parteien, deren Fleiß sich in den vergangenen 1½ Jahren nur auf das Mundwerk beschränkte.

*

Berlin, 16. Juni. Zur Erklärung des Vorsitzenden der demokratischen Partei in, der die Bereitschaft der letzteren erklärt hat, an der Bildung eines Kabinetts teilzunehmen, heißt der „Vorwärts": Die Erklärung ist nicht abschreckend, aber ausweichend. Die Frage der Regierungsbildung ist durch sie nicht viel weiter gekommen. Man erhofft vom heutigen Tage eine Klärung.

*

Wenn gestrigen Herrn Trimborn auf dessen Veranlassung mit verschiedenen Persönlichkeiten der deutschnationalen Volkspartei Fühlung genommen hatte, wie die „Kreuzztg." berichtet, lediglich orientierenden Charakter. — Die Aussprache des Zentrums, die gestern vormittag stattfand, wurde der „Germania" zufolge noch nicht beendet, sie soll heute nachmittag fortgesetzt werden. Das Zentrumsblatt meint, alles sei noch vollkommen in der Schwebe. Auch die deutsche Volkspartei hätte den Versuch machen können, dem sich jetzt Herr Trimborn unterzieht, eine Regierung der Sozialdemokraten zustande zu bringen. Herr Trimborn erfülle eine Pflicht, die in erster Linie der stärksten Opposition der Rechten hätte auferlegt werden müssen.

Der Fluch der Lächerlichkeit.

Der ganze Wahlkampf ist von den Rechtsparteien und den Unabhängigen unter der Parole geführt worden: Nieder mit der Koalitionsregierung! Skrupellose Demagogie und schamlose Ausnutzung der schweren Not, in der das deutsche Volk infolge von Krieg und Ueberlage schmachtet, haben Rechtsbolschewisten und Linksbolschewisten zum Siege verholfen. Die alte Koalitionsmehrheit hat in sich jene Minderheit verwandelt, die nicht mehr regieren kann. Nun müssen die Sieger im Wahlkampf beweisen, daß ihr Sieg ein Glück für das deutsche Volk war, daß sie die fast unerträglichen Zustände bessern können.

Aber was erleben wir? Die Unabhängigen spielen überhaupt nicht mit. Sie wollen nur schimpfen und kritisieren, bis sie selbst einst den maßgebenden Einfluß gewinnen haben. Sie haben bei dieser Wahl weniger als ein Fünftel aller Stimmen erhalten, vier Fünftel sind gegen sie. Selbst im günstigsten Falle werden sie Jahrzehnte brauchen, ehe sie zum Regieren nach dem Willen ihres Programms stark genug sind. Bis dahin kann längst der letzte Deutsche Hungers gestorben sein. Und die Rechtsparteien? Ihr anständigster und angesehenster Mann Dr. Heintze, gibt den Auftrag zur Kabinettsbildung nach 12 Stunden zurück, weil die Sozialdemokraten mit seiner Regierung nichts zu tun haben wollen. Ganz ohne Sozialdemokraten geht die Sache nicht — so scheint es auch der deutschen Volkspartei.

Wie unendlich lächerlich ist das! Wie blamabel nach den großen Worten, die man im Wahlkampf gespuckt hat. An allen Berliner Anschlagsäulen klebt an dem Namen des Dr. Heintze zu regieren ablehnt, ein Plakat, das zum Eintritt in seine Partei auffordert mit der anmutigen Begründung: Von allen Fesseln macht euch frei! Allein die deutsche Volkspartei. In der Rechtspresse erscheint täglich ein halbes Dutzend Leitartikel, die die Sozialdemokratie in der Regierung alles verpfuscht und vieles geradezu verbrecherisch gemacht habe. Ohne Friede, die innere Ordnung, die Wirtschaft, die Ernährung, alles wäre viel besser gewesen, wenn nicht die Sozialdemokratischen Krippenreiter so unlustig blöde gewesen wären. Selbst wo die Besserung augenfällig ist, wie im Eisenbahnverkehr und bei der Valuta, erklärt man kurzerhand, die Besserung sei herbeigeführt durch den Zusammenbruch. „Treiben die Dinge so weiter", erklärt die „Deutsche Tageszeitung", so muß im Verlaufe des kommenden Wirtschaftsjahres, vielleicht sehr bald schon, die Katastrophe eintreten, deren Herannahen die unverantwortliche Defizit- und Kettelwirtschaft nur für blöde Augen verschleiern aber nicht verhindern kann. . . . . Wir müssen einen dicken Strich unter die Vergangenheit und ihre wirtschaftliche Katastrophenpolitik ziehen und die bankerotte Firma Deutschland, deren Hauptbuch alsbald noch gründlich zu durchleuchten ist, um die schlimmsten Fehler festzustellen, wieder ehrlich machen, damit das verlorene Vertrauen im In- und Auslande wieder gewonnen wird. Aber zu gleicher Zeit, wie man den Sozialdemokraten alle Schuld an allem Unglück zuschiebt, erklärt man auch auf der Siegerseite rechts, daß ohne die Sozialdemokraten unmöglich regiert werden kann. Ohne jede Scheu lädt man den Fluch der Lächerlichkeit auf sich und verrät selber, daß man selbst, daß man von der eigenen Demagogie kein Wort glaubt.

In ihrer Angst gibt die Rechtspresse die Parole aus, die Parteipolitik müsse jetzt zurücktreten: es komme einzig und allein darauf an, das Vaterland zu retten. Aber so rettet doch das Vaterland, ihr, die Partei des Wiederaufbaus, und ihr, die ihr den Wählern versprochen habt, das Deutschland Bismarcks wieder aufzurichten. Bismarck hat es doch auch wohl ohne Sozialdemokraten aufgebaut. Könnt ihr das aber nicht, so gesteht ehrlich: Nur die Sozialdemokratie kann Deutschland wieder aufbauen.

Die Sozialdemokratie lehnt es keineswegs irgend welcher theoretischen Klassenkampfdoktrin zuliebe ab, an der Regierung mit teilzunehmen. Aber die Machtverteilung in der alten Koalition war das Aeußerste, was die Sozialdemokratie verantworten kann. Jeder Schritt weiter nach rechts würde es ihr unmöglich machen, die Regierungspolitik noch vor den Arbeitern, Angestellten und Beamten zu vertreten. Die Abstinenzpolitik der Unabhängigen hat nun noch mehr als der Wahlausfall selbst das politische Schwergewicht nach rechts verschoben. Deshalb kann gegenwärtig die Sozialdemokratie weder in ein Kabinett Heinze, noch in ein Kabinett Trimborn eintreten, und Parteigenossen auf Urlaub, die für ihre Person einem bürgerlichen Ministerium angehören könnten, gibt es bei uns auch nicht.

Kann Deutschland ohne Regierung weiter leben? Die Frage stellen heißt sie verneinen. Aus der unlösbaren Krise, welche die Wahlen des 6. Juni erzeugt haben, werden die Wähler lernen müssen, daß die Voraussetzung für jede Regierung in Deutschland eine sehr starke Sozialdemokratie ist. Sache der Wähler wird es sein, sie bei den nächsten wahrscheinlich nahen Wahlen wieder zu schaffen.

Italienische Sozialisten fordern die Räumung Albaniens.

Zürich, 15. Juni. Der „Avanti" veröffentlicht einen Protest der sozialdemokratischen Parteileitung, der die sofortige Räumung Albaniens fordert. In einer morgen in Mailand abzuhaltenden Zusammenkunft mit den Vertretern der Eisenbahner und Seeleuten soll die Verhinderung der Truppentransporte organisiert werden.

Streikunruhen in Italien.

Rom, 15. Juni. Wie „Giornale d'Italia" aus Cremona vernimmt, hat der Streik der italienischen Arbeiterorganisationen zu Zusammenstößen zwischen den Landarbeitern und den Grundbesitzern geführt. Als die Carabiniere in Luigano die Familie eines Gutsbesitzers befreien wollten, kam es zu einem Konflikt zwischen ihnen und den Streikenden, bei dem 8 Carabiniere verwundet und ein Manifestant erschossen wurde.

Keine Gegenrevolution in Rußland.

An Berliner amtlichen Stellen liegen Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß die Reutermeldung aus Tokio über einen angeblichen Umschwung in Rußland auf unwahren Gerüchten beruht. Der Funkendienst von Petersburg funktioniert wieder regelmäßig und von Umsturz ist nichts zu merken.

Das polnische Heer räumt die Ukraine „in voller Ordnung". Die polnischen Truppen haben Kiew besetzt. Vor der Räumung haben die Polen die Wladimirkathedrale, die Bahnhöfe, die Elektrizitätszentrale und die Wasserleitung gesprengt. Diese Maßnahme, die durch keine militärische Notwendigkeit zu begründen ist, hat die Stadt der Gefahr schwerer epidemischer Krankheiten ausgesetzt.

Nach den Siegermeldungen, mit denen die polnische Heeresleitung in den letzten Tagen die Welt beglückte, müßte diese Meldung in Erstaunen setzen, wenn man nicht im voraus wüßte, wie unzuverlässig alle Berichte aus russischer und polnischer Quelle sind.

Russische Klänge.

Konstantinopel, 15. Juni. Reuter. General Wrangel hat seinen Vormarsch fort. Die Reiterei hat den Dnjepr erreicht. Der rechte Flügel ist in der Gegend einige Meilen nordöstlich von Melitopol angekommen.

Amsterdam, 15. Juni. Einem Moskauer Funkspruch zufolge haben die roten Truppen Kiew besetzt. Vor der Räumung haben die Polen die Wladimir-Kathedrale, die Bahnhöfe, die elektrische Zentrale und die Wasserleitung gesprengt.

Finnisch-russische Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 15. Juni. Nach einem Telegramm aus Helsingfors wurden am Sonnabend in Dorpat die finnisch-russischen Friedensverhandlungen eingeleitet.

Der türkische Friedensvertrag.

Konstantinopel, 14. Juni. In Regierungskreisen glaubt man, daß der Großwesir bei der Friedenskonferenz noch einmal um Fristverlängerung für die Einreichung der türkischen Antwort auf die Friedensbedingungen der Entente nachsuchen werde. Damad Tewfik hat sich nach Paris begeben, um die Verhandlungen über den Friedensvertrag selbst zu führen. In amtlichen Kreisen wird bekannt, daß die türkische Antwort auf die Friedensbedingungen hauptsächlich gegen folgende Punkte protestieren wird: Gegen die Klauseln betreffend Thrazien und Smyrna, gegen die Eingriffe in die Souveränität des Sultans durch die Internationalisierung der Ufer des Bosporus und gegen die Klauseln, welche den Staaten die Kapitulationsrechte wieder zubilligen, die sie vor dem Kriege besaßen. Die Pforte wird auch verlangen, daß dem Sultan seine Vorrechte als Khalif über diejenigen Muselmanen, die vom Kaiserreich abgetrennt werden, belassen bleiben, und wird ferner darauf bestehen, daß in dem Friedensvertrag ein Paragraph eingefügt wird, der die Garantien über die während des Krieges aufgenommenen Anlethen aufrecht erhält.

*

Abänderung des türkischen Friedensvertrags.

Paris, 15. Juni. Nach einer Londoner Meldung des „Temps" kursiert schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Klein-Asien der Anarchie verfällt, der Oberste Rat gewisse bedeutende Abänderungen der türkischen Friedensvertragsklauseln ins Auge fassen könne.

Paris, 15. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Teheran seien in Mosul schwere Unruhen ausgebrochen. 6000 Araber hätten die Staatsgebäude angegriffen. Man meldet zahlreiche Tote. Die Verbindungen mit Bagdad seien abgeschnitten. Auf dem Tigris seien englische Schiffe geplündert und die Besatzung getötet worden.

Die Konferenz in Spa.

Amsterdam, 15. Juni. Nach einer Londoner Meldung sagte Lloyd George gestern im Unterhause, das Datum der Konferenz von Spa sei mit Rücksicht auf die Bildung einer neuen Regierung in Deutschland noch nicht festgesetzt und werde die Konferenz wahrscheinlich am 5. Juli beginnen. Der Gedanke einer Zusammenkunft von französischen und englischen Staatsmännern in Brüssel sei nicht neu, es sei stets geplant gewesen, daß die Alliierten vor der Zusammenkunft mit Deutschland eine Besprechung abhalten.

*

Spa und Brüssel.

„Daily Chronicle" bemerkt in einer Besprechung der deutschen und der italienischen Kabinettskrise, in erster Linie werde durch diese das Datum der Konferenz von Spa beeinflußt. „Wir wollen annehmen", so schreibt das Blatt, „daß diese doch noch stattfindet, aber ein weiterer Aufschub erscheint unvermeidlich. Die internationale Finanzkonferenz von Brüssel war ursprünglich ganz unabhängig von der Zusammenkunft in Spa gedacht, war aber dann aufgeschoben worden, um Spa den Vorrang zu lassen. Muß sie nun aufs neue verschoben und von allen Risken, deren Spa ausgesetzt ist, abhängig gemacht werden? Wir vermögen nicht recht einzusehen, warum dies notwendig wäre. Vieles spricht dafür, die Brüsseler Konferenz erforderlichenfalls vorauszugehen zu lassen. Der Standpunkt der internationalen Wechselkurse, womit sie sich in erster Linie zu befassen hat, ist besser als im Vorjahr, aber noch immer ernst."

Die Abgrenzung des Saargebiets.

Genf, 15. Juni. Die Botschafterkonferenz in Paris hat sich gestern mit dem Fall des bayerischen Oberstleutnants Tylander befaßt, der das Deutsche Reich in der Kommission zur Abgrenzung des Saargebiets vertritt und dessen Abberufung von dem Verwaltungsausschuß des Saargebiets verlangt worden war. Die Reichsregierung hat bekanntlich in einer Denkschrift an den hohen Rat der Entente die Haltung Tylanders in der Frage der Abgrenzung des Saargebiets gegen das Gebiet der bayerischen

Rheinpfalz, insbesondere seinen Widerspruch gegen die Einbeziehung des Eichelscheiderhof in das Saargebiet gerechtfertigt und seine Maßregelung abgelehnt. Die Botschafterkonferenz hat gestern kein Gutachten über die Abgrenzungsfrage selbst gefällt, sondern die Erklärung abgegeben, daß das Verlangen des Verwaltungsausschusses des Saargebiets ausschließlich durch das persönliche Auftreten Tylanders veranlaßt worden sei. Die Abgrenzungs-Verhandlungen könnten deshalb erst wieder aufgenommen werden, wenn Tylander durch einen anderen Vertreter ersetzt worden sei.

Zügellose Militärherrschaft in Ungarn.

Budapest, 15. Juni. Der Honvedminister Soos teilte in der Nationalversammlung mit, daß er 2 Infanterie-Bataillone und 8 Husaren-Eskadrone in das Gebiet zwischen Donau und Theiß entsandt habe, um es von Verbrechern zu säubern. Bei dieser Gelegenheit seien auch mehrere an kommunistischen Umtrieben beteiligte Personen verhaftet worden. Der Minister erklärte noch, die Aktion zur Unterdrückung von Verbrechen werde mit aller Energie fortgesetzt werden und betonte schließlich, daß das Militär Hand in Hand mit dem Bürgertum auch die letzten Wurzeln des Bolschewismus ausgerottet habe.

Ungarns Erwachen.

Die Entstehungsgründe der Protestbewegung gegen die Blutherrschaft der Offiziere und der „Erwachenden Ungarn" werden beleuchtet durch folgende Worte des Beschlsempfängers beim Weltfriedenskommando, des Grafen Apponyi, in der Geheimsitzung des Abgeordnetenhauses:

In Neuilly war unsere einzige Hoffnung die englische Arbeiterpartei, die Ungarn in der Verteidigung seiner Rechte hätte unterstützen können. Wie ein Blitzschlag da die Nachricht von der Ermordung Somogyis ein. Sein Mörder mordete auch die Hoffnungen der Nation. In England wird bald eine Arbeiterpartei ans Ruder kommen und bei der Revision des Friedensvertrages könnten wir uns dann auf sie stützen. Bei den heutigen Verhältnissen aber kann davon keine Rede sein.

Der Ackerbauminister Rubinek sagte:

In der Provinz gibt es keine Judenfrage mehr und keine judenfeindliche Stimmung, sondern eine herrschaftsfeindliche Strömung. Juden und Bauern sind einig im Hasse gegen den Herrn. Das hat das Militär verursacht. Wir stehen an der Schwelle einer Bauernrevolution.

Zur Durchführung des proletarischen Verkehrsboykotts gegen Ungarn ist in Wien ein Permanenzkomitee der Gewerkschaften eingesetzt worden.

Der Horthy-Fournalist Hollosy in Wien ist aus Deutschösterreich ausgewiesen worden.

Wien, 14. Juni. Hiesige Blätter berichten über die unerhörte Folterung der Frau Hamburger in Budapest, deren Mann unter der Räteherrschaft eine Stellung bekleidet hatte. Frau Hamburger wurde nackt ausgezogen und geweitscht und mußte zusehen, wie ihr Begleiter, Herr Bela Neumann, in grausamer Weise gepeinigt wurde. Offiziere traten auf Neumann herum und haben ihn dann durch Bajonettstiche getötet.

Hilfe für Oesterreich.

Bern, 14. Juni. (TU.) Der Bundesrat hat heute beschlossen, der Bundesversammlung vorzuschlagen, die Schweiz solle sich an einer internationalen Hilfsaktion zugunsten der Oststaaten Europas, speziell auch Deutschösterreichs mit 25 Millionen Franks beteiligen, unter der Bedingung, daß auch andere Staaten an dieser Aktion teilnehmen. Nach den Informationen der „Telegr.-Union" sollen sich folgende Staaten entschlossen haben, an dieser Aktion mitzuwirken: Die Vereinigten Staaten mit 113 Millionen Dollar, England mit 10 Millionen Pfund Sterling, Holland mit 42 Millionen Gulden, Italien mit 100 Millionen Lire.

Wien, 14. Juni. Die „Neue Freie Presse" meldet: Staatskanzler Renner gab heute ein Diner, wozu der italienische Gesandte Toretta mit den Herren der Gesandtschaft geladen war. Staatskanzler Renner dankte in einer Tischrede dem Gesandten für die freundliche Aufnahme, die er und die österreichischen Staatsfunktionäre bei ihrem Aufenthalt in Rom gefunden hatten. Der italienische Gesandte antwortete mit der Versicherung, daß die Politik Italiens gegenüber Oesterreich nicht von dem Willen seiner Regierung, sondern von dem Willen des Volkes abhänge, und daß jede Regierung die bisherige Politik der Freundschaft mit Oesterreich weiter verfolgen werde. Er leerte sein Glas auf die herzlichen Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich.

Vor deutsch-österreichischen Wahlen.

Wien. Der Hauptausschuß der Nationalversammlung hat auf Antrag Dr. Bauers beschlossen, den Staatskanzler aufzufordern, die notwendigen Gesetzentwürfe über die Auflösung der Nationalversammlung und die Durchführung der Neuwahlen ausarbeiten zu lassen. Die Verfassung enthält nämlich keine Bestimmung über die Auflösung der verfassunggebenden Nationalversammlung. Man einigte sich dahin, außerdem noch die Gesetze über die Vermögensabgabe und über die Steuern zu verhandeln. In seiner nächsten Sitzung wird der Hauptausschuß über die Bildung der Regierung beraten.

Das Kabinett Giolitti.

Dem „Secolo" zufolge, wird folgende vorläufige Liste des neuen Kabinetts bekanntgegeben:

Giolitti, Vorsitz und Inneres, Sforza, Auswärtiges, Raggi, Kolonien, Bonomi, Schatzminister, Meda, Finanzen, Peano, Oeffentliche Arbeiten, Micheli, Landwirtschaft, Nicola, Kriegsminister, Sezzi, Marine, Croce, Unterricht, Rainieri, Befreite Gebiete, Fera, Justiz, Alessio, Industrie, Abbiate, Arbeit und Fürsorge, Camera, Post.

Giolitti für die Aufnahme der Mittelmächte in den Völkerbund.

Die Giolitti sehr nahestehende Turiner „Stampa" weiß über das von dem neuen Ministerpräsidenten zu befolgende Programm zu berichten:

Giolittis Finanz- und Steuerpolitik wird sich in der Richtung bewegen, die während des Krieges erworbenen Riesenvermögen zu konfiszieren und den Mobilarbesitz schärfstens zur Besteuerung heranzuziehen. Außenpolitisch wird Giolittis Programm nach den Andeutungen der „Stampa" eine große Ueberraschung bedeuten. Einzelheiten nach dieser Richtung gibt das Blatt leider nicht. Giolitti wird sodann bestrebt sein, eine gewisse Voreingenommenheit der Alliierten gegen ihm durch äußerstes Freimut, der übrigens ganz seiner Charakteranlage entspräche, aus der Welt zu schaffen.

Die „Stampa" meldet ferner, daß Giolitti in seinen Verhandlungen mit den Parteien sich auf den Standpunkt stellt, daß die Mittelmächte in den Völkerbund einbezogen werden müssen. Auch von den von ihm in Aussicht genommenen Kabinettsmitgliedern fordert er eine diesbezügliche programmatische Erklärung.

Notwendige Zersplitterung der Arbeiterschaft.

In unserer Montagsausgabe berichteten wir unter der Ueberschrift „Notwendige Zersplitterung der Arbeiterschaft" über Beschuldigungen von Spitzeltätigkeit eines Kommunisten Rasch in Verbindung mit dem ehemaligen Pressedezernenten Lüttwitz', Werner v. Heimburg. Jetzt werden diese Vorkommnisse in interessanter Weise ergänzt durch folgenden Artikel aus dem Vorwärts

Spitzel überall?

Die von uns aus der „Freiheit" zitierten Spitzelbriefe betrafen u. a. das Mitglied der K. A. P. D., Rasch. Die Briefe trugen uns bereits eine Berichtigung des Antisemiten Werner v. Heimburg ein. Jetzt erhalten wir von Herrn Rasch selbst ein Schreiben, das die Affäre noch viel interessanter macht, als es bisher schon den Anschein hatte. Wir geben es deshalb im Wortlaut wieder:

In der Abendnummer des „Vorwärts" vom 10. Juni 1920 bringen Sie unter der Ueberschrift „Notwendige Zersplitterung der Arbeiterschaft durch deutschnational-kommunistische Lockspitzel" zwei in der „Freiheit" erschienene „Dokumente" zum Abdruck. Aus diesen zwei „Dokumenten" muß jeder oberflächliche Leser ohne weiteres annehmen, daß das Mitglied der K. A. P. D. Rasch als Lockspitzel im Dienste des Kapp-Lüttwitzer gestanden hat oder noch steht.

Unterzeichneter ersucht deshalb um Aufnahme folgender Erklärung:

Alle Veröffentlichungen, die beweisen sollen, daß ich jemals mit der Militärkaramilla oder sonstigen gegenrevolutionären Kreisen Verhandlungen oder Beziehungen gehabt habe, sind bewußte Lügen und Verleumdungen.

Die in der „Freiheit" veröffentlichten Briefe stammen aus einer ganzen Sammlung gefälschter Dokumente, in der noch andere Personen, wie Heinen und Walcher, Mitglieder des Spartakusbundes, direkt oder indirekt als Lockspitzel gekennzeichnet sind.

Der K. A. P. D. sind die gesamten Dokumente teils in Abschrift, teils in Photographie von dem Redakteur der „Freiheit", der sich im Besitz der Original-Fälschungen befindet, vor ungefähr vier Wochen zur Verfügung gestellt worden, weil der betreffende Redakteur sich von der Fälschung überzeugt hatte.

Trotz der erkannten Fälschung hatte Hilferding, Chefredakteur der „Freiheit", die Absicht, diese Dokumente zu veröffentlichen und war ein Leitartikel aus Hilferdings Feder bereits dazu geschrieben. Der betreffende Redakteur der „Freiheit", Dr. A., der sich im Besitz der Original-Fälschungen befand, protestierte aber dagegen. Hilferding war empört darüber, daß man in Wahlzeiten derartige Briefe nicht sofort ohne jede Nachprüfung abdruckte. Hilferding mußte aber, nachdem Dr. A. mit Kündigung drohte, sich dazu entschließen, auf die Veröffentlichung zu verzichten und seinen geschriebenen Leitartikel dementsprechend abändern.

Weiterhin ist von der K. A. P. D. festgestellt worden, daß der unter den Namen Möller auftretende Vermittler der gefälschten Dokumente in der Presseabteilung des Auswärtigen Amts ein- und ausgeht und dort unter den Namen v. Lossberg bekannt ist.

Derselbe v. Lossberg unterhält im Auftrage einer besonderen Vereinigung in Berlin ein Spitzelbureau. Auch hiervon war die Redaktion der „Freiheit" unterrichtet.

Ihre Leser mögen sich nun aus Vorstehendem ein Urteil über die perfide Kampfesweise der „Freiheit" gegenüber politischen Gegnern bilden, deren Opfer in dieser Angelegenheit der „Vorwärts" geworden ist.

Fritz Rasch.

Wenn die Angaben dieser Zeitschrift der Wahrheit entsprechen, dann würde zweierlei von Wichtigkeit sein: 1. Die Feststellung, daß eine ganze Sammlung von gefälschten Dokumenten besteht, um Politiker als Lockspitzel zu verdächtigen. Die Zentrale dieser Dokumentenfabrik müßte als gemeingefährlich bald ausgeräuchert werden; 2. und das ist nicht minder wichtig: Die „Freiheit" hätte nach diesen Angaben bewußt die Fälschungen gebraucht, um ihre Gegner von links moralisch abzutun. Gegen diesen Vorwurf mag sich das unabhängige Blatt gegenüber den Kapisten verteidigen. Wir können abwarten.

Erkenntnis, aber keine Selbsterkenntnis.

Also spricht die „Freiheit" am Montagabend:

Die Regierungsbildung ist zunächst Sache der bürgerlichen Parteien. Sie haben bisher jede sozialistische Politik verhindert, aber alle Verantwortung immer wieder auf die angeblich sozialistische Regierungspolitik abgewälzt, jetzt werden sie zu zeigen haben, was sie selbst leisten können.

Sehr wahr, aber unvollständig: Denn genau so oft und genau so wahrhaftig wie die Rechte haben die Unabhängigen und ihre Presse die Sozialdemo-

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(62. Fortsetzung.)

Denket die Natur als, ohne Rückerinnerung und Furcht, ewig schaffende Gegenwart, und es überkommt den Menschen ein Gefühl haltlos'er Vergänglichkeit. Laßt den Reisenden nach einiger Zeit wiederkehren. Damals war es so und wie ist es jetzt ganz anders, schon ein zweites Mal faßtet die Erinnerung auf dem Flecke und Wehmut beschleicht sein Herz. Die Alten hatten recht, ihre Heroen mußten Lethe trinken, um ewig sein zu können.

Im heiteren Tageslicht das erste Mal berührt, sieht jede Stätte heimisch aus. Wie reinlich so ein kleines Dörfchen in hellem Sonnenscheine liegt, an die Häuser drängt das Licht, fällt durch die Fensterscheiben und schlägt in breiter Masse durch jede sich öffnende Tür ein, und draußen spielt es um Grabsteine und Kreuze; anders ist es freilich, wenn der Himmel unfreundlich ist, wenn ein dichter Landregen in trauriger Einförmigkeit niederrieselt, trotz seiner Verdienstlichkeit um Feld und Frucht blicken die Menschen verdrießlich, weil sie in ihren dumpfen Stuben gebannt sind, die Häuser selbst erscheinen ganz unförmlich und schmutzig und von den Gräbern meint man den Brodem der Fäulnis aufsteigen zu sehen. Aber es gibt auch lustige Regen, die in Hast befruchtend herniederstürzen, nach denen alsbald die Sonne wieder hervorbricht, und deren Naß man lachend abschüttelt.

Unter solch einem fri'chen Sprühregen schritt Florian auf die Ortschaft zu; es war Zirbendorf, und die ziehenden Wolken, die ihm den nassen Gruß herniederschickten, waren schon von der Abendsonne gerötet. Er nahm sich vor, erst die Wirtshäuser abzusuchen; denn hier wie daheim geht wohl der Fleißige seiner Arbeit und der Ausbund dem Trunke nach, und hinter einem vollen Glase dachte er auch seinen Mann zu finden. Das Gemeindegasthaus war das vornehmste, mit ihm beschloß er den Anfang zu machen, er fand aber niemand dort und es schien auch weiter niemand kommen zu wollen, so zahlte er sein Glas Wein und ging, um sich lieber in einer verdächtigen Schänke umzusehen.

Am anderen Ende des Ortes fand er eine, welche so verkommen aussah, daß sie sein Vertrauen gewann. Er trat ein. Das Innere hielt vollkommen, was das Aeußere versprach. Schmutz starrte an den Wänden und machte Tische und Bänke für jeden Anständigen unnahbar. Ein altes Weib, das in verfaulten Lumpen einherging, besorgte die Bedienung der Gäste und die Leute, die hier ein Behagen finden konnten, sie waren auch danach. Männer und Burschen in schmierigen Jacken lümmelten an den Tischen und sahen entweder blöde mit schlaffen Gelichtern vor sich hin, oder schrien mit wildem Blick und krampfhaft verzerrten Mienen auf den Nachbar ein. Diesmal kelkte aber auch die Wirtin darein, und man konnte aus ihren Worten entnehmen, daß sie die Ueberzeugung hege, ihre Gäste wären „Lotter, Erzdiebe und Mistfinken," die ein armes Weib betrügen wollten, indem sie mehr soffen, als sie dann bei der Zeche eingefänden.

„Gemein mit solchen macht er sich doch nicht," dachte Florian und wollte schon umkehren, da bemerkte er durch den dichten Tabaksqualm einen Mann, der in einer Ecke allein an einem Tische saß und wohl der Gesuchte sein konnte. Er trat daher ohne weiteres hinzu und setzte sich ihm gegenüber.

Dieser Stammgast beachtete ihn offenbar gar nicht, als er aber bemerkte, daß Florian ihn mit mißfälligen Blicken musterte, so wurde das bald gegenseitig. Diese Musterung bestärkte Florian darin, daß er den Leutenberger Urban vor sich habe. Der Mensch, ihm gegenüber, war überaus kräftig gebaut, und daß er stark war, das sah man ihm sogar an seinem Gesichte ab, wenn er eine Muskel verzog, so war es, als kröche ihm etwas unter der Haut dahin, und es stiegen rote Flecke auf, wie von einem Druck, er hatte die Hemdärmel zurückgestreift, seine bedenklich kräftigen Arme konnten auch der Bekleidung entbehren; denn sie waren mit einem dichten Felle bewachsen. Seine Stirne war nieder, wasserhelle graue Augen, eine gerade kantige Nase und wulstige Lippen standen in seinem breiten Gesichte, das einen brutalen Ausdruck hatte und sonst auch keinen andern.

Er räusperte sich und spuckte über den Tisch, knapp an seinem Gegenüber vorbei, mitten in die Stube.

Der Müllerssohn hatte sich Wein geben lassen, sein halbvolles Glas stand vor ihm, er wandte sich jetzt ab und stieß dasselbe wie achtlos um, daß der Inhalt über den Tisch rann.

„Noch einmal," rief drohend der andere.

„Kann schon sein, wenn ich meinen Wein verschütten will, geht es keinen Menschen was an, und ist dir um deine Hosen leid, so heb' dich und scheer dich wo anders hin."

„Bäuerl, du weißt nicht, mit wem du zu tun hast."

„Nun, getreten wirst auch noch keinen haben."

„Weißt wer ich bin?"

„Und wenn du der Leutenberger Urban selber bist, so kommst du doch nicht gleich nach'm Teufel!"

„Kennst mich denn, weil du mich beim Namen nennst?"

„Dem Reden nach, die nähere Bekanntschaft behalt' ich mir vor."

„Wer bist denn nachher du?"

Der Sohn vom Müller im Langendorfer Wasser-Graben."

„So, so, von dir hört man ja auch reden. Schau, du steigst einem nicht schlecht zu. Ich meine, mit ein wenig weniger Reschen (Keckheit, Schroffheit) tätest du es auch richten, wenn du dich mit mir messen willst."

„Ausfordern kann ich dich wie es mir anstehl. Kannst ja zufrieden sein, daß ich dir vorhin die Ehr' angetan hab' und hab' dich mit Wein gewaschen, wird dir ohnehin schon lang nicht geschehen sein, — ich meine das Waschen!"

Der Leutenberger Urban blickte finster. „Du hörtest gern lachen über deine Späße, damit ich mich jemehr giften möcht', aber gib dir keine Müh', da lacht dir keiner; schau', wie sie duchtig herum'sitzen, ich sag' dir, ehe einer einen Lacher gegen mich loslätzt, fritzt er lieber sein Stielglas auf."

Die meisten Gäste tranken Branntwein und hatten ihn in kleinen Kelchgläschen vor sich stehen.

„Ich weiß nicht," fuhr der Leutenberger fort, „ob du es so eilig hast, hast du auf der Stell' an mich geraten wissen, aber das merk' ich, daß du jung bist und dich in Hitz und Hast hineinreden möchtest, das taugt nicht, morgen ist auch ein Tag, da wollen wir aneinander."

„Wenn du dich heute nicht getraust, so ist es für mich gerade schicklich."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200616-16/fragment/page=0002

kratie allein für die Politik der Koalition verantwortlich gemacht und dabei weise verschwiegen, daß es die bürgerlichen Parteien waren, die jede sozialistische Politik verhinderten, wobei ihnen der verantwortungslose Bortradikalismus der Unabhängigen die besten Dienste leistete.

Die „Freiheit" wird natürlich den Lapsus, einmal aufrichtig gewesen zu sein, schleunigst wieder gutzumachen suchen; sie wird sagen, die Sozialdemokratie hätte an der Koalition überhaupt nicht teilnehmen dürfen. Aber wie dann die Verfassung, das Wahlgesetz, die Sozialpolitik ausgesehen haben würden, darüber wird sie natürlich nichts sagen, denn sonst müßte sie ja zugeben, daß das Mitregieren der Sozialdemokratie mehr geschafft und weit wirksamer Schlimmeres verhütet hat, als das „positive" Draußenstehen und Schimpfen der Unabhängigen!

Der Reichsrat.

In der öffentlichen Reichsratssitzung, die am Sonnabend nachmittag unter Vorsitz des Ministers Dr. David abgehalten wurde, wurden eine Anzahl von Vorlagen den Ausschüssen überwiesen, darunter eine Vorlage über die Ausprägung von weiteren 50 Millionen Mark in 50-Pfennigstücken aus Aluminium.

Angenommen wurden die Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz, wobei von Bayern noch einige Vorbehalte gemacht wurden. Der bayrische Vertreter hätte am liebsten die Vertagung beantragt, weil seine Regierung die Vorlage so spät erhalten hätte, daß sie keine genügende Instruktion hätte geben können. Da aber auch im Plenum, wie schon im Ausschuß keine Neigung für einen solchen Vertagungsantrag vorhanden war, verzichtete der bayrische Vertreter darauf, einen Vertagungsantrag zu stellen. — Zur Annahme gelangte ferner der umfangreiche Entwurf von Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz. Ein Exemplar dieses Entwurfes kommt auf nicht weniger als 100 Mark zu stehen. Die Materie war so schwierig, daß erst jetzt, ein halbes Jahr nach Veröffentlichung des Gesetzes, die Ausführungsbestimmungen fertiggestellt werden konnten. Der Ausschuß hat darüber in vier Sitzungen beraten und nochmals alle Bedenken erwogen, die gegen das Umsatzsteuergesetz im ganzen schon früher geäußert worden sind. Insbesondere wurde geltend gemacht, im Publikum werde man beim besten Willen die Vorschriften nicht verstehen können, ihre Durchführung wäre unmöglich und würde zu unerträglichen Härten führen. Die überlasteten Steuerbehörden würden keinerlei Kontrolle üben können, so daß die Ausführungsbestimmungen größtenteils auf dem Papier stehen bleiben würden. Das Reichsfinanzministerium vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß es sich um ein Experiment handle, von dem niemand wisse, ob es glücken werde. Man müsse abwarten, wie die Bestimmungen in der Praxis wirken würden und sich eine Nachprüfung in vielleicht schon vier bis fünf Monaten vorbehalten. Der Versuch aber müsse gemacht werden. Die Ausschüsse des Reichsrats haben sich bestrebt, Härten zu mildern und das Verfahren tunlichst zu vereinfachen. Ihre Bemühungen sind aber zumeist am Widerstand des Reichsfinanzministeriums gescheitert, so daß es nur möglich gewesen ist, auch z. B. für die wissenschaftlichen und künstlerischen Produktionen einige Erleichterungen einzuführen. Auch diese sollen bekanntlich der Luxussteuer unterliegen, die aber in diesem Falle nicht abgewälzt werden kann. Das Finanzministerium hat darauf vertröstet, daß im neuen Reichstag gerade dieser Punkt weiter verfolgt werden solle. Von den Beschlüssen der Ausschüsse ist u. a. zu erwähnen, daß für Betriebe von Gemeinden, von Ländern und des Reiches Steuerfreiheit gelten soll für alle Leistungen, die regelmäßig mit dem Betriebe verbunden sind, also z. B. für den Verkauf von Koks und Teer durch die Gasanstalten. Ein Antrag Preußens, die Staats- und Gemeindetheater von der Umsatzsteuer zu befreien, scheiterte am Widerspruch des Finanzministeriums. Es gelang nur, eine Bestimmung durchzudrücken, daß Steuerfreiheit für die von Staaten und Gemeinden unterhaltenen Theater eintreten soll, soweit es sich um solche Umsätze handelt, bei denen die Entgelte hinter denen zurückbleiben, die ein Privatunternehmer für gleichwertige Darbietungen erzielt. Besonders schwierig war die dem Reichsrat überlassene Abgrenzung des Umfangs der Gegenstände, die der Luxussteuer unterliegen sollen. Hier sind einige Milderungen erfolgt, z. B. wurden Taschenfeuerzeuge ausgenommen, weil sie schon der Zündwarensteuer unterliegen, ebenso Photographien, die Kunstwerke wiedergeben. Privatkrankenhäuser wurden von der Herbergssteuer ausgenommen und die Steuerpflicht auf Sanatorien beschränkt. Die Vergünstigung, daß der eigene Verbrauch erst am Schlusse des Jahres geschätzt werden darf, wurde auf alle landwirtschaftlichen Unternehmer ausgedehnt.

Eine polnische Bluttat.

Der „Königsberger Volkszeitung" ist über Elbing von einem Flüchtling eine aufsehenerregende Nachricht übermittelt worden, die auch von polnischen Blättern bestätigt wird. Am 2. Mai hatten in Graudenz die politischen Parteien Plakate angeheftet, die gegen ein weiteres Verbleiben der Polen in Westpreußen protestierten. Daraufhin wurden in der Zeit vom 3.—17. Mai 17 Angehörige der U. S. P. D. verhaftet, nach Thorn überführt, dort durch Standgericht verurteilt und am 25. Mai erschossen. Unter den Erschossenen befindet sich auch ein Mehrheitssozialist. — Was mögen wohl die unabhängigen Marschaufahrer aus Allenstein zu dieser barbarischen polnischen Justiz gegenüber ihren engsten Parteigenossen sagen? Ob ihre Polenbegeisterung dadurch ein wenig abgekühlt wird?

Die Kandidaten der Deutschen Volkspartei für den Posten des Auslandsministers.

Darüber schreibt das „Berliner Tageblatt" diese spitzfindige Spitze:

„Die „Deutsche Volkspartei" verlangt mit Recht, daß zum Minister des Aeußeren ein erfahrener, in der auswärtigen Politik bewanderter, vertrauenswürdiger Mann ernannt werde. Wir haben stets die gleiche Forderung erhoben und würden nur gern wissen, welchen „ihrer" drei Diplomaten die Deutsche Volkspartei als Ministerz des Aeußern vorzuschlagen gedenkt. Sie hat nämlich jetzt drei Diplomaten in ihren Reihen: die Herren v. Rheinbaben, v. Kessner und v. Kemnitz. Diese drei Herren wurden von der Deutschen Volkspartei als Vertreter der Staatsmannskunst auf ihre Listen gesetzt, und man muß also annehmen, daß sie innerhalb der Partei für besonders befähigt gelten. Der ehemalige Legationsrat v. Rheinbaben, den seine Mahl viel Geld gekostet haben dürfte, hat in seiner Karriere einen kleinen Unfall gehabt, bei dem wir nicht verweilen wollen, da wir nicht unnötig in fremdem Unglück wühlen. Der ehemalige Legationsrat v. Kessner hat einen größeren Unfall gehabt; er hat in einem Augenblick, als er wußte, daß er sogar für die Tätigkeit des eleganten „Briefträgers" in Paris unzureichend erschien und abberufen werden sollte, in etwas geckicher Theaterpose seinen Posten ohne Erlaubnis verlassen, um sich einen „guten Abgang" zu verschaffen. Der ehemalige Gesandte v. Kemnitz hat einen ganz großen Unfall gehabt: er war der Urheber jener berüchtigten, grotesken und leider für Deutschland unheilvollen Mexiko-Depesche und des Planes, die Mexikaner zum Kampfe gegen Amerika, mit dem wir noch in Frieden lebten, aufzuwiegeln. Man weiß, wie sehr diese geniale Depesche, die der amerikanischen Regierung natürlich nicht verborgen blieb, dazu beitrug, Amerika zur Kriegserklärung an Deutschland zu bestimmen. Es gibt in der ganzen diplomatischen Welt und überall hier, wo man sich ernsthaft mit auswärtiger Politik beschäftigt, niemand, absolut niemand, der es für möglich hielte, diese verunglückten Tallenrands in eine Stellung zu bringen, wo ihnen irgend etwas wie eine Führung oder Verantwortung zufiele. Die Deutsche Volkspartei aber, die immer nach „Fachmännern" und „Autoritäten" ruft, hat sie vor allen anderen Berufen ausgezeichnet, und sie hat gehofft, den einzigen wirklichen Diplomaten, der auf einer Kandidatenliste stand, den allerdings demokratischen ehemaligen Botschafter Graf Bernstorff, aus dem Reichstag auszuschließen. Wir hoffen, daß die Deutsche Volkspartei nun auch bis zum Schlusse den Mut ihrer Ueberzeugung haben wird. Sie fordert, gleich uns, daß ein hervorragender, verhandlungstüchtiger Kenner der Auslandspolitik die Leitung des Auswärtigen Amtes übernehme und nach Spa gehe — gut, also wer von den drei?"

Streik in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 15. Juni. WTB. meldet: Wegen der Verhaftungen im besetzten Gebiet haben sämtliche Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten und der Hauptwerkstätte, sowie ein großer Teil des Lokomotivpersonals die Arbeit geschlossen niedergelegt. Die Stillegung großer industrieller Betriebe der Badischen Anilin- und Sodafabrik, der Sulzer Maschinenfabrik usw. steht bevor. Auch die Straßenbahner, die Arbeiter des Elektrizitäts- und des Wasserwerks wollen in einen Sympathiestreik treten.

Der künftige Präsident Amerikas.

Der Nationalkonvent der Republikaner, d. h. der Parteitag der nordamerikanischen Stinnespartei, beschloß nach einer Reihe resultatloser Abstimmungen einen gewissen Senator Harding als Kandidaten für die Wahlen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten vorzuschlagen. Harding, der ein politischer Unbekannter ist, gehört dem rechten Flügel der Republikanischen Partei an, hat also bei der herrschenden Reaktionswahl alle Aussicht, gewählt zu werden. Nach seiner Stellung zu dem Vertrag von Versailles ist er nur für die Annahme mit Vorbehalten, praktisch also gegen den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Völkerbund. —

Die Kämpfe zwischen Türken und Griechen.

Rotterdam, 15. Juni. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, haben die Griechen die Maritza überschritten, sind aber von den Türken zurückgeschlagen worden. Letztere haben sich auf dem Westufer festgesetzt.

Venizelos.

Genf, 15. Juni. Der griechische Ministerpräsident Venizelos ist in Paris eingetroffen um der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei beizuwohnen. Wie die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" versichert, hat die Reise des Venizelos aber auch den Zweck, den jungen König Alexander, der sich gegenwärtig in Paris befindet, zu verabreden, mit seinem in der Schweiz lebenden Vater zusammenzutreffen. Der junge König scheint keinen Gefallen an seinem königlichen Handwerk zu finden und möchte die Regierung wieder seinem Vater überlassen. Venizelos soll entschlossen sein, dem König klar zu machen, daß er in Griechenland die Republik erklären werde, um in diesem Falle die Rückkehr des Königs Konstantin zu verhindern.

Notizen.

Das Urteil im dritten Geiselmordprozeß, durch das der Angeklagte Wallenhauser zum Tode verurteilt wurde, ist vom Ministerrat bestätigt und am Montag vormittag vollstreckt worden.

Das rumänische Kabinett. Take Jonescu und Bratianu sind zu Ministern ernannt worden. Dadurch erfährt die Regierung Averescu eine bedeutende Verstärkung.

Im Ruhrrevier und in Schlesien kein Ausnahmezustand mehr. Der Reichspräsident hat auf Antrag der preußischen Regierung nunmehr die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrgebiet verfügt. Die Ablieferung der Waffen wird hiervon nicht berührt. Ferner hat der Reichspräsident die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Schlesien verfügt.

Achtstundenschicht im sächsischen Bergbau. Das sächsische Arbeitsministerium verhandelte in Zwickau mit den Betriebsräten des Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Kohlenreviers und den Vertretern des Berghauptlichen Vereins über die Wiedereinführung der achten Arbeitsstunden. Die Betriebsräte sahen mit großer Mehrheit eine Entschließung, in der sie anerkennen, daß die ungeheure Kohlennot rasche Abhilfe erfordert, und daß es zurzeit kein anderes Mittel gibt, ihr zu steuern, als bis auf weiteres die zehn Arbeitsstunde wieder einzuführen. Die Betriebsräte wollen in diesem Sinne auf die Belegschaften einwirken.

Der Sklarz-Prozeß gegen die „Rote Fahne".

Vorige Woche fand in Berlin ein Termin in der Privatklagesache des Kaufmanns Heinrich Sklarz gegen den Redakteur der „Roten Fahne", Bruno Schäfer, statt. Die Verhandlung sollte noch einmal den Verleumdungsfeldzug auf, der in Verbindung mit dem Namen Sklarz gegen Scheidemann geführt worden war.

Zur Anklage fand ein Artikel in Nr. 2 der „Roten Fahne" unter der Rubrik „Der Scheidemann-Skandal", in welchem eine Erklärung Sonnenfelds sen. wiedergegeben wurde, in der behauptet wurde: 1. der Kläger habe dem Sonnenfeld jun. nahegelegt, ihm zu beistätigen, daß Sonnenfeld sen. unzurechnungsfähig sei; 2. der Kläger dem Sonnenfeld jun. für den Schweigefall einen falschen Paß nach Argentinien und 20 000 M. angeboten habe, um in dem

die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs

betreffenden „Fall Sklarz" die Belastungszeugen Sonnenfeld sen. und jun. zu beseitigen und damit diesen Fall aus der Welt zu schaffen.

Der Privatkläger ging in einem längeren Vortrag auf den Entwicklungsgang des sogenannten „Falles Sklarz" ein und suchte, teilweise unter Vorlegung von Originaldokumenten, darzulegen, daß alles, was in dieser Beziehung in den Blättern, hauptsächlich gegen seinen Bruder Georg, veröffentlicht worden sei, Schwindel und Fälschung sei und von einer Zentrale zu ganz bestimmten politischen Zwecken den Weg in die Presse gefunden habe. Er selber stehe mit Georg Sklarz in gar keinen anderen als verwandtschaftlichen Beziehungen und habe mit Ebert, Scheidemann und Noske, die er gar nicht kenne, nichts zu tun gehabt.

Anfang September habe ihm sein Bruder erzählt, daß Sonnenfeld jun. mit 1 200 000 M. durchgebrannt sei. Der alte Sonnenfeld sei bei ihm gewesen und habe ihm gesagt: „Wenn Sie einen Teil der Summe meinem Sohn in Holland belassen, werde mir Ihnen den anderen Teil zurückgeben, andernfalls würden Ebert und Scheidemann in die größte Klemme kommen, eine neue Revolution würde ausbrechen und Sie würden wahrscheinlich an die Entente ausgeliefert werden." Es sei, so meinte der Privatkläger, auf Erpressung abgesehen gewesen. Er selbst habe mit Politik nicht das geringste zu tun und habe niemals Kriegsgeschäfte mit einer Behörde, welcher Art auch immer, gemacht. Bei den angeblichen Vergleichsverhandlungen sei es sein Zweck gewesen, den Aufenthaltsort des Zeugen Sonnenfeld zu erfahren. Als dies gelückt war, sei dieser in Holland verhaftet worden. Inzwischen sei ein Brief des alten Sonnenfeld an seinen Sohn aufgefangen worden, in welchem es heißt: „Einige Dich lieber, denn mit dem Material kann man gegen die Bande nichts ausrichten."

Er habe dem jungen S. geraten, seine Situation durch offenes Bekennen seiner Schuld und Rückgabe des Geldes zu verbessern, da habe dieser gemeint, einen Brief an den Vater geschrieben und ihn aufgefordert, die 800 000 M. zur Verfügung zu stellen. Das sogenannte „Material", welches photographiert worden sei, sei in besonders wichtigen Punkten von den Treibern, die den alten Sonnenfeld aus politischen Gründen bearbeitet hätten, auf nichts einzugehen, gefälscht bzw. nur ihren Zwecken entsprechend unvollständig wiedergegeben worden. Sonnenfeld jun. habe in einem Briefe, den der Kläger vorlegte, seinem Anwalt gegenüber direkt ausgedrückt, daß der Vater politisch bearbeitet werde,

Zeichen von Geistesstörung

zeige und seine Unterbringung in einem Sanatorium wünschenswert sei. Mit diesem Brief sei er zu dem gegangen, der ihm als der Mittelpunkt der Treibereien bezeichnet wurde, den Korrespondenten Martin Sachazewski, der habe sich aber nicht überzeugen lassen wollen, daß alles Schwindel sei, sondern geantwortet: „Der Ring um Sklarz ist geschlossen!" Auf die Frage des Klägers, ob er auch dabei sei, habe er eine bejahende Antwort erhalten Er habe sich auch mit dem

Hauptreiber in der ganzen Affäre,

dem Abg. Davidsohn, in Verbindung gesetzt und ihm klar gemacht, daß er mit etwaigen Veröffentlichungen vorsichtig sein solle, da es sich um puren Schwindel handle, Davidsohn habe aber nicht darauf reagiert.

Inzwischen habe sich herausgestellt gehabt, daß Sonnenfeld jun. noch eine Summe von 300 000 M. durch Fälschung von Rechnungen defraudiert hatte. Der Kläger brachte verschiedene Dokumente vor, um zu zeigen, mit welchen Mitteln der Unwahrheit und der Fälschung operiert worden sei. Er erwähnte u. a., daß

Davidsohn, der spiritus rector,

einer sehr angesehenen Persönlichkeit gesagt habe:

Er wolle Minister werden, wenn die Regierung Ebert-Scheidemann gestürzt werde, und daß er ferner eine Hochverratsanklage fabrizieren und dergeblich dem Hauptzeugen ein Amt versprochen habe, wenn er etwas Belastendes aussagen würde — was der Zeuge aber nicht konnte.

Auch die vor wenigen Tagen durch die Presse gegangene Nachricht, daß gegen Sklarz eine Anklage wegen Amtsanmaßung, Verleitung der Gefangenenbefreiung und fahrlässiger Tötung erhoben sei sei völlig erfunden und in weitestem Umfange erlogen.

Ferner behauptete der Kläger auf Grund von Akten, daß während des Kapp-Putsches der Reichsanwalt hartte einen Schutzhaftantrag gegen Georg und Heinrich Sklarz stellte mit der Begründung, daß, da die Protektoren der beiden Sklarz, der Präsident Ebert und Noske, „nun fort seien", zu fürchten sei, daß die Sklarze ihr Geld in die Schweiz verschieben und das Reich so um den ihm zustehenden Schadenersatz durch die Sklarze gebracht werden würde.

Der Privatkläger verlangte eine nicht mißzudeutende öffentliche Erklärung von dem Angeklagten.

Nach längerem Hin und Her gab der Angeklagte folgende Erklärung zu Protokoll:

„Im Anschluß an die in Nr. 2 der „Roten Fahne" vom 2. Januar unter der Rubrik „Der Scheidemann-Skandal" erschienene Notiz und die dort wiedergegebene Aeußerung des Herrn Sonnenfeld erkläre ich, daß nicht behauptet werden soll, Herr Heinrich Sklarz habe sich in irgendeiner Weise an der Verhinderung der Aufklärung des Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beteiligt oder an der Verhinderung einer solchen Aufklärung ein Interesse gezeigt."

Das ist besonders ehrenvoll für die „Rote Fahne". Bezüglich des einen Klägers nimmt sie die Beschuldigung zurück, gegen die übrigen kann die Verleumdung weiter wirken!

Gewerkschaftliches.

Aenderung des Abschnittes 1 der Verordnung über Tarifverträge usw. vom 23. Dezember 1918.

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Verordnung betreffend Aenderung des Abschnitts 1 der Verordnung über Tarifverträge usw. vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) ausgearbeitet, die vom Reichsrat und dem zuständigen Ausschuß der Nationalversammlung angenommen ist und demnächst im Reichs-Gesetzblatt bekanntgegeben werden wird. Danach haben alle auf die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen bezüglichen öffentlichen Bekanntmachungen von einem noch bekanntzugebenden Zeitpunkt an nicht mehr wie bisher im „Deutschen Reichsanzeiger", sondern auf Kosten der Vertragsparteien im „Reichsarbeitsblatt" nach näherer Bestimmung des Reichsarbeitsministers zu erfolgen. Ferner wird bestimmt, daß die an einem Tarifvertrag als Vertragsparteien beteiligten Arbeitgeber und wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern innerhalb zweier Wochen nach Vertragsabschluß dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung und den zuständigen Landesämtern für Arbeitsvermittlung je zwei Abschriften und dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten je eine Abschrift des Tarifvertrages mehst etwaigen Ergänzungen und Aenderungen kostenfrei einzureichen haben. In gleicher Weise ist die Aufhebung oder Kündigung eines Tarifvertrages, letztere durch die kündigenden Vertragsparteien, unter Angabe des Zeitpunktes, an dem der Tarifvertrag abläuft, anzuzeigen. Werden diese Pflichten nicht erfüllt, so kann das Reichsamt für Arbeitsvermittlung gegen die Verpflichteten nach vorheriger Androhung Ordnungsstrafen bis zu 300 Mk. festsetzen.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Reis in der Talamtschule am Donnerstag, den 17. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 77 001 bis 79 000 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 79 001 bis 84 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Es kann an jede Person eines Haushalts ½ Pfund zum Preise von 3.50 Mk. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Donnerstag, den 17. Juni 1920, auf den Abschnitt 36 für die eingetragenen Kunden bei den bei den Milchhändlern Schenkling, Forsterstr. 38, und Hopfeld, Streiberstr. 29, und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Martinstr. 11; an letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr. — Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 1,28 Mk. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Sonnabend, den 19. Juni, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Weizenmehl an Haushalte mit geld umränderten Lebensmittelscheinen in der Talamtschule am Mittwoch, den 16., und Donnerstag, den 17. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der geld umränderten Lebensmittelscheine am Mittwoch mit den Nummern 68 001 bis 72 000 vormittags von 8—12 Uhr und 72 001 bis 77 000 nachmittags von 2—6 Uhr; am Donnerstag: 77 001 bis 79 000 vormittags von 8—12 Uhr und 79 001 bis 84 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede zum Haushalt gehörige Person wird gegen Vorlage des Lebensmittelscheines ½ Pfund Weizenmehl zum Preise von 70 Pfg. abgegeben. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Hertzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle. Gr. Ulrichstr. 37.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200616-16/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Meldung über den Anbau von Kartoffeln!

Gemäß Verordnung vom 29. April 1920 (R. G. Bl. S. 883) wird zum Zwecke der Feststellung der Kartoffel-Anbaufläche folgendes angeordnet:

§ 1.

Hallische Einwohner, die im Stadtgebiete oder auswärts Kartoffeln angebaut haben, sind verpflichtet, die Anbaufläche und die zum Anbau verwendete Kartoffelmenge anzugeben. Zu melden sind sowohl die in Freiland als auch die in Schrebergärten, Gärten, Hausgärten usw. angebauten Mengen, ferner sowohl die durch den Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft, durch Schrebervereine oder von Händlern usw. besorgten Mengen.

§ 2.

Zum Zwecke der Meldung werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken Vordrucke ausgegeben, welche für die Meldungen über den Anbau von Kartoffeln zu verwenden sind. Die Vordrucke sind bis spätestens 25. Juni ausgefüllt an die Markenausgabestellen zurückzugeben.

§ 3.

Die Ausfüllung des Vordrucks hat genau und gewissenhaft zu erfolgen. Außer der Bodenfläche und der Menge der Kartoffeln, die gesteckt wurden, ist auch der Lieferant des Saatgutes anzugeben und mitzuteilen, ob das Land in hallischer Flur (nähere Bezeichnung der Lage) oder auswärts liegt. Ohne diese Angabe kann nach erfolgter Ernte der eventuell erforderliche Einsuhrschein nicht ausgestellt werden.

§ 4.

Grundeigentümer, Pächter und ihre Stellvertreter sind verpflichtet, den vom Magistrat zur Prüfung der Richtigkeit der Meldungen bestellten Personen über die Eigentums-, Pacht- und sonstigen Nutzungsverhältnisse, über den Anbau der Grundstücke usw. Auskunft zu erteilen. Die zur Prüfung bestellten Personen sind befugt, die Anbauflächen zu betreten, Messungen vorzunehmen, auch die Geschäftsbücher der Betriebsinhaber einzusehen.

§ 5.

Wer die Angaben, zu denen diese Verordnung verpflichtet, nicht, oder wissentlich unrichtig macht, das Betreten der Grundstücke, die Einsicht in die Geschäftsbücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder einer dieser Strafen bestraft.

Wer fahrlässig diese Angaben nicht oder unrichtig oder unvollständig macht, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. bestraft.

§ 6.

Die Verordnung tritt mit der Bekanntmachung in Wirksamkeit.

Halle, den 15. Juni 1920.

Der Magistrat.

Bitterfeld

Bekanntmachung

Der Preis für Kartoffeln ist ab heute auf 30 Mk. pro Ztr., im Kleinhandel auf 30 Pfg. das Pfund festgesetzt.

Bitterfeld, den 16. Juni 1920

Der Magistrat. Heinrich.

Bekanntmachung.

Für Kinder bis zu 2 Jahren wird pro Kopf 80 gr. Kakao zum Preise von Mk. 1.30 gegen Vorlegung der Ausweiskarte [illegible] Fr. Ahrendo, Kaiserstr. abgegeben.

Bitterfeld, den 15. Juni 1920.

Der Magistrat. Richter.

Delitzsch

Einkommensteuer 1920.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat bestimmt, daß die Vorschriften über den Abzug der Einkommensteuer vom Arbeitslohn mit dem 23. ds. Mts. in Kraft treten. Jeder Arbeitnehmer soll bis zum 25. Juni ds. Js. im Besitz einer Steuerkarte sein. Wir fordern daher

1. **alle Arbeitnehmer von Delitzsch auf,** die Steuerkarten formulare **umgehend im Steuerbüro,** Rathaus-Nebengebäude, Rittestr. 4, Zimmer Nr. 3 abholen zu lassen, ausfüllen und dem Arbeitnehmer auszuhändigen.

Ueber die ausgestellten Steuerkarten erwachen wir dem Steuerbüro bis zum 1. Juli ds. Js. eine Nachweisung einzureichen, welche die Personalien enthält, die nach der Steuerkarte geordnet werden.

2. **Arbeitnehmer, welche auswärts tätig sind,** fordern wir auf ihre Steuerkarten im Steuerbüro Rathaus-Nebengebäude, Rittestr. 4, Zimmer Nr. 3, bis zum 23. d. Mts. abzuholen, hierbei ist der Vor- und Zuname, Stand, Wohnung, Geburtstag, Geburtsort, sowie der Vor- und Geburtsname der Ehefrau oder des Mannes anzugeben. **Wenn die Personalien genau angegeben werden, braucht der Arbeitnehmer nicht selbst zu erscheinen. Das Steuerbüro ist von 7 Uhr früh bis nachmittags 9 Uhr geöffnet.**

Delitzsch, den 14. Juni 1920.

Der Magistrat.

Die Ausgabe der **Brennspiritusbezugsmarken** an Minderbemittelte für den Monat Juni erfolgt

Freitag, den 18. ds. Mts., vorm. 8—12 Uhr

im Lebensmittelamt Leipzigerstr. 1.

Delitzsch, den 15. Juni 1920.

Der Magistrat. Cohn.

Weißenfels

Betrifft: Ausstellung von Steuerkarten für Arbeitnehmer.

Nach § 3 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohne für das Rechnungsjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) vom 21. Mai 1920 **hat sich jeder Arbeitnehmer von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsorts eine Steuerkarte ausstellen zu lassen.** Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich. Weder eine Steuerkarte für die während eines Rechnungsjahres einzubehaltenden Steuermarken nicht aus, so hat der **Arbeitnehmer rechtzeitig für die Ausstellung einer neuen Steuerkarte durch die Gemeindebehörde Sorge zu tragen.**

Die Ausstellung der Steuerkarten kann von der Gemeindebehörde auf Antrag **auch Arbeitgebern übertragen werden.**

Die **Aushändigung der Steuerkarten an die Arbeitnehmer im Stadtkreise Weißenfels, sofern sie das 14. Lebensjahr bereits vollendet haben, erfolgt vom Donnerstag, den 17. Juni bis einschließlich Freitag, den 25. Juni d. Js. im städtischen Steuerbüro, Friedrichstraße Nr. 23, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 2 während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, unter Vorlegung eines Personalausweises, zuweilen Invaliden-Quittungskarte oder Militärpaß. Dienst- bezw. Arbeitsbuch usw.** Zwecks einer ordnungsmäßigen und geregelten Durchführung der Steuerkartenausgabe wird die Reihenfolge der **Ausgabe folgendermaßen bestimmt.**

Donnerstag, den 17. Juni	die Anfangsbuchstaben der Familiennamen der Arbeitnehmer	A bis einschl.	D
Freitag, den 18. Juni	"	E " "	H
Sonnabend, den 19. Juni	"	I " "	L
Montag, den 21. Juni	"	M " "	O
Dienstag, den 22. Juni	"	P " "	R
Mittwoch, den 23. Juni	"	S " "	Sch
Donnerstag, den 24. Juni	"	T " "	V
Freitag, den 25. Juni	"	W " "	Z

Weißenfels, den 14. Juni 1920.

Der Magistrat.

Dahn.

Herabsetzung der Zuckermonatsmenge.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Magistrats vom 2. April 1920, betreffend Abänderung der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Verbrauchszucker in der Provinz Sachsen veröffentlicht im Tageblatt am 24. April und 22. Mai 1920 wird bekanntgegeben daß die auf Juli-Zuckermarken zu liefernde Monatsmenge auf 500 gr festgesetzt ist.

Jede Zuckermarke mit dem Aufdruck „Juli 1920" darf demnach nur mit 500 gr Zucker beliefert werden.

Weißenfels, den 18. Juni 1920.

Der Magistrat.

Kragen, neu, Preis 1 Mark.

Unübertroffenes Präparat zum Reinigen und Auffrischen von Oberwäsche.

Ferner empfehle:

Abwaschb. Dauerwäsche, Kragen, Manschetten u. Vorhemden in weiß und bunt, mit und ohne Leineneinlage.

Extrastarke Kragen neu eingetroffen.

Reparaturen u. Auffrischen schnellstens.

C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

Strickgarne

Seidengarn	schwarz	Rolle 20.75
Reine Wolle	schwarz, grau	Rolle 22.75
Seidenwolle	schw., grau, braun	Rolle 24.50
Reine Wolle	schwarz	Rolle 27.50
Reine Wolle	schwarz	Rolle 29.00
Baumwolle	schwarz braun Lage	Rolle 13.50
Sommer-Vigogne	grau	Rolle 22.50

Nähseiden

50 mtr.	alle Farben	Rolle 4.15
30 mtr.	alle Farben	Rolle 2.55
10 mtr.	Knopflochseide	Rolle 1.90

Zwirne

Leinenzwirn	grau, Docke	45 ₰
Sternzwirn	schwarz, weiß Stern	60 ₰
Hachszwirn	versch. Farb 50 gr.	Rolle 9.50

Maschinengarne

50 mtr., 4 fach	farbig	Rolle 1.95
200 mtr., 4 fach	schw., weiß	Rolle 5.00
500 mtr., 3 fach	schw., weiß	Rolle 9.00
1000 mtr., 2 fach	schw., weiß	Rolle 15.00
1000 mtr., 4 fach	schw., weiß	Rolle 20.00
20 gr. Heftgarn	roh, weiß	Rolle 3.50
50 gr. Heftgarn	roh	Rolle 8.50

Stopfwist

weiss, braun, schwarz

Rolle 45

D. M. C. Häkelgarne

in bewährten guten Qualitäten

Nr.	30	40	60	70	80	100	120
Rolle	9.00	9.50	10.00	10.00	10.00	11.00	12.00

Stopfgarn

Baumwolle, alle Farben

Kärtchen 95

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22 23.

Apollo-Theater 8 Uhr.

Heute zum ersten Male:

„Die Erbtante"

Posse i. 3 Akt. v. H. Treller

Gastspiel von

Fritz Turm-Illoare.

„Hundehändler Lehmann"

Paul Beckers

„Aurora Knuch"

Fri.: **Turm-Illoare.**

Vorverk. 9—1 u. 5—7 Uhr

Stadt-Theater

Donnerstag, d. 17. Juni, Anf. 7½, End. 9½ Uhr:

Tartüff.

Freitag:

Hans Heiling.

Brieftaschen

in prima Leder preiswert bei

H. Krasemann,

nur Schweerstr. 19.

Rolladen Jalousien Markisen

usw.

liefert u. repariert Fach-Firma:

Hönemann

Büro: Am Bauhof 1. Fernr. 5849 u. 3631.

Lebensmittelverteilung im Stadtkreise.

In der Woche vom 21.—26. ds. Mts. kommen nach der Kundenliste **auf Marke 374**

je 125 gr Gries zum Preise von 23 Pfg. oder 125 gr Graupen zum Preise von 18 Pfg. oder 125 gr Grütze zum Preise von 18 Pfg. zur Verteilung.

Ein Anspruch auf Lieferung einer bestimmten Sorte besteht nicht.

Markenablieferung und Bestandsanzeige am Dienstag, den 29. Juni an die Warenabteilung des städt. Lebensmittelamtes, Leopold Klessir. 14.

Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. 9./4. 11. 15 bestraft.

Weißenfels, den 18. Juni 1920.

Der Magistrat.

Quarkkarte für Margarinekarte.

Die seit Bestehen der Lebensmittelrationierung eingeführte Margarinekarte, die ein großer Teil der Bevölkerung nicht mehr im Besitz hat, wird, da Käse dem freien Handel bereits übergeben ist, durch die bereits ausgegebene Quarkkarte ersetzt. Die Margarinekarte verliert hiermit ihre Gültigkeit.

Weißenfels, den 15. Juni 1920.

Der Magistrat.

Quarkverkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 19. Margarinemarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke wer. ein 200 Gramm zum Preise von 1.— M. abgegeben.

Konsum 1—250

Die Abholung hat bis zum 17. 6. mittags 12 Uhr zu erfolgen.

Für Gewerkschaftsfeste,

Kinder-, Garten- und Volksfeste empfiehlt Stocklaternen Fackeln mit Lichte, Tragstäbe Girlanden u. sonstige Kinder- Belustigungs-, Geschenk- und Verlosungsartikel

Paul Lange,

Merseburgerstr. 168 neben Apollo-Theater.

Holzpantoffeln

nicht mit gesticktem Lederblatt, **nicht** aus Tuchblatt,

nur aus gutem, ganzen Lederblatt liefert billigst

Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.

Wiederverkäufer Vorzugspreise. 1240

Warum quälen Sie sich?

Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, **Katarrhen** der Atm nasorgane Rötzmabelschwerden und rheumatischen **Lungenleiden** haben

Riolin-Pillen

vom Laboratorium „Riachon wesen gehoben. Viel Dankschreiben. Schachtel 5 ℳ 4 Schachteln zu einer Kur 18,50 ℳ. Versand u. Nachnahme. Generaldepot in der **Adler-Apotheke, Königshütte O.-S.,** Kronprinzstraße 1.

Reparaturen an Uhren

übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preisen **H. Lerner,** Uhren-Reparatur-Werkstatt **Gr. Steinstraße 85** (gegenüber Bar überstraße).

Rheuma, Gicht,

Ischias, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerz.). Kostenlos teile ich allen mit, die Tausende Patent u durch ein einfaches Mittel in kurzer Zeit Heilung fanden. Frau Hedwig Caroline, **Wiesbaden F. 63. 2**

Schluss

der

Anzeigen-Annahme

vormittags 9 Uhr.

Deffentl. Protestversammlung

gegen die Vergewaltigung der Deutschen in den Abstimmungsgebieten

Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11½ Uhr, in den Thaliasälen.

Es werden sprechen

Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Voretzsch:

„Um deutsches Land, um deutsches Volk, um deutsche Ehre!"

Generalagent Manthey, Vorsitzender des Vereins der Ost- und Westpreußen:

„Ost- und Westpreußen in Not!"

Kaufmann Bader vom Verband heimattreuer Oberschlesier:

„Oberschlesier war deutsch, ist deutsch und muß deutsch bleiben!"

Eintritt frei!

Verein der Ost- u. Westpreußen / Verband heimattreuer Oberschlesier
Vereinigung ostdeutscher Studierender an der Univ. Halle-Wittenberg
Verband vaterländischer Vereine zu Halle a. S.

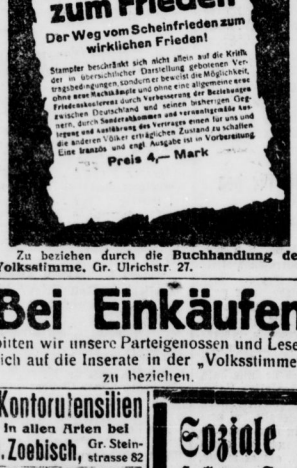
Berufs-Bekleidung

fertig am Lager!

Blaueinene Shlosseranzüge
Schwarze Eisenbahn-Sommerjoppen
Postlitewken
Friseurjacken und Mäntel
Laboratoriummäntel
Kellnerjacken
Dienerjacken und Hosen.

G. Assmann

Grosse Ulrichstrasse 49.



Zu beziehen durch die **Buchhandlung der Volksstimme.** Gr. Ulrichstr 27.

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Kontorutensilien

in allen Arten bei

J. Zoebisch, Gr. Steinstrasse 82

Mass-Schäfte

in bester Ausführung, auch von selbst geliefert. Material, fertigt in nochalb 2 Tagen an

Schäftefabrik

F. Noah,

Leipzigerstraße 16, Eingang Gr. Sandberg.

B. B. Beth's Bunte Bühne

Neu! **Ab 16. ds. Mts.** Neu!

Chandoni, das telepatische Rätsel.

Otto Bergmann, Instrumentalist.

Der kleine Lausbub,

humoristische Vortragskünstlerin

sowie die anderen vorzüglichen Kräfte.

Geschäfts-Übernahme

Dem verehrlichen Publikum zur gefl. Kenntnis, dass ich das

Varieté Bratwurstglöckle

Alte Promenade 11, Ecke Gr. Ulrichstr.

käuflich erworben und renoviert habe. Ich werde bestrebt sein, dasselbe von mir an als ein gutes

Familien-Varieté

zu führen und bin bemüht, den höchsten Ansprüchen meiner Gäste betreffs Speisen und Getränke gerecht zu werden und bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Erich Diester.

mmmm **Ab 16. Juni, Anfang 6 Uhr** mmmm

Vorzügl. urkomischer Spielplan:

Anni Henneck, Gretel Valori, Lenchen Berger, Liedersängerin, Vortragskünstler. Stimm.-Soubr. Vogginger Trio akrob. Jongleure, Gusti Bachran, Chanson. u. Hum., Gretel u. Paul Thomsen, Gesangs-Tanz-Duett.

Urkom-Posse

Marie u. Richard der leb. Spielball, Paul Straube Komiker

Deutsche, englische, amerikan. Zigaretten

Chesterfield, Nebo, Lord Nelson, T. u. 9. Columbia

Konkurrenzlos billig! Grosse Auswahl

Abgabe in kleinen und grossen Posten.

Karl Gimpel, Poststrasse 6,

Nähe Leipziger Turm.

Soziale Rechts-Beratungsstelle

Halle a. S. Mittelstraße 20 E, Fernruf 3748.

nächst dem Hauptpostamt.

Unentgeltliche Auskunftsstelle für Arbeiter und Minderbemittelte in allen Fragen der Alters-, Krankens., Invaliden- und Unfallversicherung, Gewerbliche Angelegenheiten, Steuern, Miets- und Wohnungswesen, Militär- und Pensionssachen usw. Einschlägige Schriftsätze werden angefertigt. Nach auswärts Auskunft auch brieflich.

Arbeitsnachweis für invalide Arbeiter. Anträge und Meldungen werden entgegengenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200616-16/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Bezirksvorstand, Ortsvorstand und Preßkommission.

Am Mittwoch, abend ½6 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße, **gemeinschaftliche Sitzung.**

Funktionärsitzung.

Mittwoch abend 8 Uhr im gleichen Lokale. Eintritt nur gegen Funktionärausweis. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Verein Arbeiterjugend. Heute, Mittwoch, abend 8½ Uhr treffen sich die Jugendgenossinnen und -genossen auf der Peißnitz zum Spielen. Wir bitten, alle vollzählig und pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 16. Juni 1920.

Jetzt erst recht!

Ein rechter Volkserzieher nimmt die Volksseele so, wie sie ist. Daher trifft die deutsche Sozialdemokratie durchaus das Richtige, wenn sie nach dem für sie ungünstigen Ausfall der Reichstagswahlen ihre Ruhe nicht verliert, sondern sachlich den Gründen dieses Mißgeschickes nachgeht und durch sie für die Zukunft lernt. Viel besorgter sollten aber die sein, die alle Ursache haben, im Stillstand oder Rückgang des sozialistischen Gedankens ihre eigenen Glaubenssätze bedroht zu sehen. Das sind vor allem Deutschlands Lehrer. Ihr Glaube ist, daß „viel mehr noch als Wirtschaftsfragen Schul- und Bildungsfragen die entscheidende Rolle beim Wiederaufbau unseres Volkes spielen werden." Deshalb stellen sie eine Reihe Forderungen an die deutschen Volksvertreter. Die wichtigsten sind: Trennung von Schule und Kirche, soziale Einheitsschule, Vereinheitlichung der Lehrervorbildung, kollegiale Schulleitung, amtliche Mitarbeit der Lehrerschaft bei der behördlichen Verwaltung, Anerkennung als Staatsbeamter, sofortige Einreihung in die den Oberlehrern vorangehende Besoldungsklasse. Nun haben der preußische Landtag und die verflossene Nationalversammlung Gelegenheit genug geboten, die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu erkennen. Danach ist folgendes festzustellen:

Für restlose Trennung von Schule und Kirche sind nur die beiden sozialistischen Parteien. Dasselbe gilt für die lückenlose Einheitsschule und die damit zusammenhängende Lehrervorbildung. Die kollegiale Schulleitung wird von der äußersten Rechten bis in die Reihen der Demokraten hinein bekämpft. In der Frage der amtlichen Mitarbeit stellen Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum solche Klauseln auf, daß ihre Forderungen keine Aenderung des bisherigen Zustandes bedeuten. Für die Anerkennung des Lehrers als Staatsbeamten ist keine Partei entschieden eingetreten, die Unabhängigen haben sogar ausdrücklich dagegen gesprochen. Ferner ist für die höhere Einreihung in der Besoldung bisher praktisch noch keine Partei in haben gewesen.

Diese Tatsachen, an denen allein der Wert einer Partei zu messen ist, zeigen, **daß bisher nur die Sozialdemokratie den Wünschen der deutschen Lehrerschaft gerecht geworden ist.** Wo das nicht der Fall zu sein scheint, da gilt es, ihnen das Vertrauen zu der Annahme zu schenken, daß dabei keine böse Absichten vorherrschen. Wer die Ziele der Sozialdemokratie kennt und die Aeußerungen ihrer Führer zu verstehen versucht, der findet heraus, daß sich über das alles zwischen Lehrerschaft und Sozialdemokratie reden läßt. Wenn freilich die Lehrerschaft keine Verständigung wünscht und in das Lager derer läuft, die ihre Forderungen kaum in den Mund, geschweige in die Hand nehmen, dann soll sie sich nicht wundern, wenn ein Teil ihrer Hoffnungen ständig Hoffnungen bleiben. Daher gehören um des Wiederaufbaus unsres Vaterlandes willen Deutschlands Lehrer **jetzt erst recht** samt und sonders **in die Reihen der deutschen sozialdemokratischen Partei!** g.

Die neuesten Bestimmungen über den zehnprozentigen Abzug vom Lohn und Gehalt ab 25. Juni.

Amtlich wird bekanntgegeben:

I. Jeder Arbeitgeber hat bei jeder Zahlung von Arbeitslohn, worunter nicht nur Barlohn, sondern auch Natural- und sonstige Sachbezüge fallen, 10 vom Hundert des Arbeitslohnes, und zwar des Barlohnes, einzubehalten. Treffen Barlohn- und Naturaloder sonstige Bezüge zusammen und übersteigt der Wert dieser Bezüge den Barlohn, so beschränkt sich der Abzug auf 20 vom Hundert des Barlohns. Werden also monatlich 80 Mark in bar gezahlt und 300 Mark nach den vom Versicherungsamt festgesetzten Ortspreisen für Wohnung und Verpflegung gerechnet, so sind doch nur 16 Mark (20 vom Hundert des Barlohns) abzuziehen.

II. Die Verpflichtung des Arbeitgebers zum Abzug für jede vom 25. Juni 1920 ab stattfindende Lohnzahlung. Dies gilt auch für den vor dem 25. Juni verdienten Lohn, sofern die Zahlung erst am 25. Juni oder später erfolgt. Auseinanderrechnungen des vor und nach dem 25. Juni verdienten Lohnes finden also nicht statt. Für diejenigen, deren Lohn erst am 25. Juni oder später ausgezahlt wird, entsteht dadurch gegenüber denjenigen, die den Lohn schon vor dem 25. Juni empfangen, keine Härte, weil es sich nur um die vorläufige Einkommensteuer handelt und daher das, was jetzt zunächst weniger abgezogen wird, bei der endgültigen Veranlagung mehr bezahlt werden muß.

III Die Einzahlung des einbehaltenen Betrages erfolgt entweder durch Verwendung von Steuermarken oder durch unmittelbare Einzahlung an die Steuerhebestelle des Arbeitnehmers.

1. Verwendung von Steuermarken.

a) Jeder Arbeitnehmer hat sich von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich, sie kann von der Gemeindebehörde auch Arbeitgebern überlassen werden.

b) Der Arbeitgeber hat für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte einzukleben und zu entwerten. Steuermarken von 10 Pf., 50 Pf., 1 M., 5 M. und 25 M. sind bei den Postanstalten zu beziehen. Die Entwertung erfolgt durch Eintragung des Tages der Verwendung; allgemein übliche Abkürzungen sind zulässig (z. B. 10. Okt. 20.). Grundsätzlich soll die Einklebung und Entwertung von Steuermarken bei jeder Lohnzahlung erfolgen, auf Antrag kann jedoch gestattet werden, daß für ständig beschäftigte Personen die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung am Ende eines jeden Monats oder Kalendervierteljahres entwertet oder eingeklebt werden.

c) Der Betrag der entwerteten Marken ist in die Steuerkarten einzutragen.

2. Unmittelbare Einzahlung bei der Steuerstelle des Arbeitnehmers.

a) Sie erfolgt nur auf Antrag des Arbeitnehmers beim Landesfinanzamt. Um die Genehmigung des Antrages noch vor dem 25. Juni zu erreichen, muß der Antrag schleunigst eingereicht werden.

b) Die Einzahlung muß spätestens bis zum 10. Tage des folgenden Monats erfolgen. Auf Antrag kann gestattet werden, daß die Einzahlung erst innerhalb der ersten zehn Tage nach Ablauf eines Kalendervierteljahres erfolgt.

c) Gleichzeitig mit der Einzahlung ist eine Nachweisung in doppelter Ausfertigung einzureichen. Nachweisungen können vom Ende des Monats ab bei den Finanzämtern bezogen werden. Die Richtigkeit der Nachweisung ist von dem Arbeitgeber oder seinem Vertreter zu bescheinigen. Die Steuerhebestelle gibt nach Prüfung eine Ausfertigung mit Empfangsbescheinigung zurück.

V. Die einkommensteuerfreien Beträge (1500 M., 500 M., 200 M.) werden beim Lohnabzug nicht berücksichtigt. Ihre Berücksichtigung erfolgt erst bei der endgültigen Veranlagung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

VI Eine Anrechnung der 1920 eingeklebten Steuermarken der vom Arbeitgeber bei der Steuerhebestelle auf die für 1920 zu entrichtende Einkommensteuer, findet erst nach der endgültigen Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt.

Zuviel entrichtete Beträge werden grundsätzlich auch nicht vor der endgültigen Veranlagung für 1920 zurückgezahlt. Zur Vermeidung von Härten ist jedoch schon eine vorherige Zurückzahlung für solche Fälle vorgesehen, in denen die vom Arbeitnehmer für das Rechnungsjahr 1920 endgültig zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich weniger als 10 vom Hundert des mutmaßlich im Jahre 1920 zu erzielenden Arbeitseinkommens des Arbeitnehmers beträgt; entsprechender Antrag ist vom Arbeitnehmer beim Finanzamt zu stellen.

VII. Der Arbeitgeber haftet dem Reiche für die Einbehaltung und die Entrichtung von 10 vom Hundert des Arbeitslohnes neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

Die Bestimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn sind im Zentralblatt für das Deutsche Reich vom 4. Juni 1920 — Nr. 27 — S. 832 abgedruckt

Die Schulspeisungen unterernährter Kinder.

Seit einiger Zeit finden bekanntlich in den hiesigen Schulen Speisungen unterernährter Kinder aus Liebesgaben der amerikanischen Quäkergesellschaft statt. Wie uns nun von Eltern der Kinder aus der Tor- und Hüttenschule mitgeteilt wird, sind die Portionen in jüngster Zeit bis auf ein viertel Liter zusammengeschrumpft, so daß von einer „Speisung" wirklich nicht mehr gesprochen werden kann. Falls die vorhandenen Lebensmittel für eine großzügige Speisung nicht ausreichen, sollte man doch die Teilnehmerzahl einschränken, um die Kinder auch wirklich so zu speisen, wie sie zur Gesundung der Kinder von Vorteil ist. Da aber bei Anwesenheit der amerikanischen Kontrollkommission reichliche Portionen verabfolgt wurden, so ist wohl die Frage erlaubt, woher es kommt, daß die Portionen jetzt so beschnitten sind. Eine baldige Aufklärung von den verantwortlichen Stellen ist dringend notwendig — schon hinsichtlich der Begegnung auftauchender Gerüchte.

* **Die Fliegengefahr.** Daß die Fliegen keine harmlosen Hausgenossen sind, leuchtet ohne weiteres ein, wenn man sie einmal auf ihrem Fluge verfolgt. Bald sitzen sie an dem Straßenschmutz an Hausabfällen, Spuknäpfen und menschlichen oder tierischen Fäkalien, bald lassen sie sich an Nahrungsmitteln oder auf den Händen oder im Gesicht der Menschen nieder. Auf diese Weise können — schon rein mechanisch durch Flügel, Rüssel und Beine — nicht nur der Schmutz, sondern auch die Keime ansteckender Krankheiten (Typhus, Cholera, infektiöse Darmkatarrhe kleiner Kinder, Ruhr und Tuberkulose) auf den Menschen übertragen werden. Da die Fliegen ihre Eier außer in menschlichen und tierischen Fäkalien mit Vorliebe in Nahrungsmitteln ablegen, so sollte in Nahrungsmittelgeschäften ganz besonders die Vertilgung der Fliegen betrieben und die zum menschlichen Genusse bestimmten Waren durch Fliegengitter geschützt werden. Es gilt also, uns von diesen lästigen Hausgenossen zu befreien. Das kann nur geschehen, wenn alle mithelfen. Zur umfassenden Bekämpfung der Fliegenplage eignet sich besonders folgendes Verfahren, das in jedem Hause ohne besonderen Kostenaufwand angewendet werden möchte. In den Gärten oder Höfen werden Glasfliegenfänger aufgestellt, die mit seifigem Wasser (gebrauchtes Waschwasser usw.) gefüllt werden. Der Inhalt dieser Fliegenfänger wird von Zeit zu Zeit, eventuell durch Eingraben im Garten oder auf sonst geeignete Weise, entleert. Als Köder läßt sich allerlei verwenden, auf das die Fliegen besonders gierig sind, und etwas Derartiges findet sich schließlich in jedem Haushalt. Das Wasser im Fänger muß allerdings seifig sein, dazu genügt aber das Waschwasser nach der Benutzung. Es sind also keine besonderen Ausgaben damit verbunden und doch wird, wenn viele Leute so verfahren, der Oeffentlichkeit ein großer Dienst erwiesen. Uebrigens können die gefangenen Fliegen zur Fütterung von Küken verwendet werden, da Fliegen bekanntlich ein gutes Geflügelfutter sind.

* **Bund der Auslandsdeutschen.** Die Monatsversammlung der Ortsgruppe Halle a. S. u. Umgebung findet am Sonntag, den 20. Juni 1920, vorm. 10 Uhr im „Schultheiß", Poststr. 5, statt. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

* **Kinderrückkehr aus der Schweiz.** Am 18. d. M. werden voraussichtlich um 4 Uhr nachmittags Kinder aus der Schweiz, welche am 21. April abgefahren sind, erwartet.

* **Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie** behandelte gestern abend Gen. Eduard Bernstein auf Veranlassung der „Deutschen Gesellschaft für Politik" im außerordentlich gutbesuchten Auditorium maximum der hiesigen Universität. Wir werden morgen über den Vortrag ausführlicher berichten.

* **Beths Bunte Bühne.** Ab 16. d. M. kurzes Gastspiel des Telepathen-Wunders Chandoni, außerdem des Instrumentalist Otto Bergmann, ebenfalls neu hinzugekommen ist „der kleine Lausbub" eine allerliebste kleine humoristische Vortragskünstlerin.

***Goldener Herrenring gefunden.** Am 1. Juni ist in der Aula der Talamtschule ein goldener Herrenring mit dunkelrotem Stein gefunden worden. Wir fordern hiermit den Verlierer auf, sich innerhalb 6 Wochen im Büro der Schulverwaltung, Rathausstraße 4, I, Zimmer 4, zu melden und die Berechtigung zur Empfangnahme des Ringes nachzuweisen. **Der Magistrat.**

* **Eine öffentliche Protestversammlung gegen die Vergewaltigung der Deutschen in den Abstimmungsgebieten** wird vom Verband vaterländischer Vereine in Verbindung mit dem Verein der Ost- und Westpreußen, der Vereinigung hier studierender Ostdeutschen und dem Verband heimattreuer Oberschlesier auf Sonntag, den 20. Juni, vorm. 11¼ Uhr, nach dem Thaliasaal einberufen. Aehnliche Kundgebungen sind auf denselben Tag in allen größeren Städten Deutschlands geplant, das Ganze soll zu einer einmütigen, machtvollen Kundgebung des deutschen Volkes gegen

Kleines Feuilleton.

Stille Stunde.

Der Himmel spannt sein blaues Rund,
Und goldig flirrt die Mittagsstund.

Von fester Männerhand beschwingt
Im hohen Gras die Sense singt.

Das Reifen lacht in jedem Ast.
Schwer biegt ihn bald der Früchte Last.

Es quillt die Kraft, es wächst das Brot.
Es naht das Ende aller Not!

Sein blaues Rund der Himmel spannt
Goldüberflirrt ob allem Land . . .

Wahlpoesie.

Unter dem wilhelminischen Regime wurde der Humor bei der Wahl amtlich ausgeschaltet. Früher wurden bekanntlich die Stimmzettel bei der Reichstagswahl ohne Umschlag abgegeben; man mußte den Zettel zusammengefaltet dem Wahlvorsteher übergeben, der durch eine „Fingerprobe", die oft recht genau auszufallen pflegte, nachprüfte, ob es auch wirklich nur ein Zettel war, den der Wähler abgab, andernfalls war die Stimme ungültig. 1903 kamen dann erstmals, als ein Erfolg unermüdlicher sozialdemokratischer Kritik, die Umschläge zu den Stimmzetteln. Von „Klosettwahlen" schrieben damals voll Hohn und Aerger die Konservativen. Aber beigelegte Begleitschreiben oder Poeme machten die Stimme unter Umständen ungültig. Die Republik ist großzügiger. Jetzt kann einer, wenn es ihm Spaß macht, auch ein „Poleiteischreiben" seinem Stimmzettel beifügen. Von diesem Recht machte man trotz der elenden Zeiten bei der diesmaligen Wahl ausgiebig Gebrauch. Das ist vielleicht ein gutes Zeichen. Wenn es uns auch noch so schlecht geht und keiner weiß, was die nächste Stunde an neuen Leiden oder Gefahren bringt, der Humor scheint dem deutschen Volke erfreulicherweise noch nicht ausgegangen zu sein. Das zeigt auch folgendes Gedicht, das mit einem U.S.P.-Stimmzettel zusammen in einem Umschlag lag:

Wahl macht Qual, ein altes Sprichwort sagt;
Auch ich fühl heut' neu Zweifelsi mich geplagt;
Was soll ich wählen, was ist das Rechte?
Wie unterscheid ich von Gutem das Schlechte?
U. S. P. oder deutschnational?
Mir ist eigentlich alles egal.
Doch zöa ich U. S. P. noch vor,
Die haben wenigstens noch Humor;
Denn sie versprechen die tollsten Sachen.
Man muß wirklich manchmal lachen:
Denn halten können sie doch nicht alles,
Wir sind halt viel zu tief im Dalles!
Wie auch alles kommen mag,
Wir haben vom Leben nur Aerger und Plag!
Daegen Kriegsgewinnler und Schieber
Mählen natürlich deutschnational lieber.
Herr Helfferich regiert sie in keiner Stund,
Die leben ja doch nur von Hand zu Mund.

Kürzer und deutlicher drückt sich ein Verärgerter aus, der, allerdings ohne Beigabe eines Stimmzettels, auf ein Stück Papier geschrieben hatte:

Was hat denn das ganze Mäh'l'n für 'nen Zweck,
Wir liegen ja doch mit dem A . . . im Dreck.

Heinrich Mann hat ein Drama „Der Weg zur Macht" vollendet, das den aus der Revolution gegen die Revolution aufsteigenden Napoleon zeichnet.

Konzert von Dina Mahlendorff.

Im Saal der Loge zu den fünf Türmen gab Dina Mahlendorff unter Mitwirkung des Konzertsängers Alfred Foreſt-Leipzig, des Kapellmeister Felix Wolfes und des Klarinettisten, beide vom hiesigen Stadttheater, ihren Verehrern und Verehrerinnen ein Konzert, in dem nur Lieder von Brahms und Schubert zum Vortrag kamen. Frau Mahlendorff ist ja bekannt und beliebt. Sie verfügt über ein ganz hervorragendes Stimmaterial, das auch gestern abend wieder in angenehmer Weise zur Geltung kam. Die feelenvollen Weiſen eines Schubert und Brahms liegen ihr recht gut, das tiefe Verständnis, das vor allem die Brahmschen Lieder verlangen, besitzt sie im vollen Maße, sie wird mit diesen Liedern immer eine tiefe, nachhaltige Wirkung erzielen. Von den Schubertschen Weisen gefiel am besten „Der Hirt auf dem Felsen" (mit Klarinette, gespielt von Herrn Baum). Hier kam ihr voll tönendes Organ so recht zur Geltung. Recht unangenehm und störend ist es manchmal, wenn Frau Mahlendorff mit fast geschlossenem Munde singt. Eine Anfängerin verfällt in solche Fehler, aber von einer Künstlerin darf man wohl mehr Vollkommenheit verlangen. Die Töne klingen unschön, können ja auch nicht voll abgerundet sein und beeinträchtigen auch die Gesamtleistung. Warum man Herrn Foreſt so lebhaft Beifall zollte, so daß er am Schluß sogar zu einer Zugabe gezwungen war, konnte ich nicht verstehen. Gewiß bemühte sich der Sänger, eine deutliche Aussprache, richtige Atmung und Accentuierung zu erzielen und versuchte auch, die Stimmungen und Empfindungen der Weisen zu erfassen und wiederzugeben — das stimmliche Material reichte nicht aus für die Lieder der beiden Meister der Tonkunst. Klare Töne hörte man selten und auch die Reinheit ließ manchmal zu wünschen übrig. Und bei den Fortestellen — es lag nicht nur an der schlechten Akustik. Herr Max Baum spielte die Klarinette in der Sonate Es-dur für Klarinette und Pianoforte von Brahms und zeigte sich der Aufgabe gewachsen. — Ganz hervorragende Leistungen hat Kapellmeister Felix Wolfes am Blüthnerflügel. Mit Herrn Max Baum spielte er die Es-dur-Sonate von Brahms nicht nur technisch vollkommen und einwandfrei, sondern ließ auch das richtige Verständnis Brahmsscher Tonkunst erkennen. Auch als Begleiter zeigte er sich auf der Höhe. Pr.

Heilsinglors als Welthafen. Die finnische Hauptstadt Helsingfors, die bereits drei Häfen besitzt, beabsichtigt, nach einer Mitteilung im „Prometheus" mit einem Kostenaufwand von 40 Millionen Mark einen neuen Freihafen anzulegen, der besonders für den bedeutenden Ausfuhrhandel der Stadt mit Holzwaren verwendet werden soll. Bei Eintritt ruhiger Verhältnisse soll dann aus diesem Hafen sich der Ausbau eines großartigen Welthafens entwickeln. Die Kosten für diesen weiteren Plan würden sich auf mehrere hundert Millionen Mark belaufen. Auch für Deutschland das schon jetzt in guten Handels- und Verkehrsbeziehungen zu Finnland steht, wäre ein solcher Welthafen von wirtschaftlicher Bedeutung.

Abgelehnter Ruf. Der ordentliche Honorarprofessor Dr. Alexander Stieda hat den an ihn ergangenen Ruf als ordentlicher Professor der Chirurgie und Direktor der Chirurgischen Klinik nach Dorpat abgelehnt.

Stadttheater: Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr wird das Bühnenspiel „Die Bürger von Calais" von Georg Kaiser zum erstenmal wiederholt. Donnerstag „Tartüff" von Molière, Freitag „Hans Heiling". Sonnabend „Der Zigeunerbaron", Sonntag nachm. Volksvorstellung „Vor Sonnenaufgang", Sonntag abend geht Meyerbeers Oper „Die Hugenotten" in Szene.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200616-16/fragment/page=0005

fremde Gewaltpolitik werden. Alle patriotisch Gesinnten sind zur Teilnahme an der Versammlung eingeladen. Näheres heutige Anzeige.

Versammlung der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter. Koll. Scheibe gibt bekannt, daß die Fa. Krodert die Bezahlung der aufgestellten Tarifsätze nicht einhalte; nach kurzer Arbeitseinstellung wurde eine Einigung herbeigeführt. Die Feiertage werden von jetzt ab auch bezahlt. Die Fa. Pritschow hält es nicht für nötig, der Verwaltung zwecks Anerkennung des Tarifs zu antworten. Der Verbandstag findet am 12. Juli in Frankfurt am Main statt. Für Halle kommt ein Delegierter in Frage. Koll. Schröpfer stellt den Antrag, einen Kollegen zu entsenden, welcher in Verbandssachen bewandert ist und bringt Kollegen Scheibe in Vorschlag, welcher einstimmig gewählt wurde. Zum 13. Juni findet eine Gaukonferenz statt. Koll. Bielig, Scheibe und Kollegin Moritz werden von der Versammlung dorthin delegiert. Zu dem neuen Lohnabkommen führt Kollege Scheibe aus, daß es diesmal ein harter Kampf gewesen ist. Es ist alles verlockt worden, für die männlichen Hilfsarbeiter mehr herauszuholen, als die bisherigen 85 Prozent. Folgende Zuschläge wurden angenommen: Es erhalten ab 1. Juni männliche Hilfsarbeiter über 24 Jahre 25 M., von 17 bis 24 Jahren 15 M., geübte weibliche Hilfsarbeiterinnen 11 M., das übrige weibliche Hilfspersonal 10 M., ab 11. Juli männliche Hilfsarbeiter über 24 Jahre 16 M., 17—24 Jahren 12 M., geübte weibliche Hilfsarbeiterinnen 8,80 M., das übrige weibliche Hilfspersonal 8 M. Den männlichen Hilfsarbeitern über 24 Jahre sind von der Prinzipalität wieder 100 Prozent zugestanden worden. Diese Zulagen haben Geltung bis zum 31. August.

Provinz und Umgegend.

Kostspielige Obstruktion.

Wie gestrige Kreistagssitzung des Saalkreises führte abermals zu einem für den Geschäftsgang nicht förderlichen, resultatlosen Ende. Die Obstruktion der Unabhängigen, die im Kreistag im Besitz der Stimmenmehrheit schwelgen, überschreitet nachgerade die Grenze des Erträglichen. An den geringsten Klippen stockt der Fluß der Verhandlung und es bedarf kaum eines Wortes oder irgend einer Geste des Vorsitzenden, um den Stein des Anstoßes zu einem gehässigen, rein persönlichen Angriff von Seiten der Unabhängigen zu geben. Daß dabei die praktische Arbeit, die für das Wohl der Kreisbevölkerung unbedingt nötig ist, ganz unermeßlichen Schaden erleidet, ist deshalb nicht verwunderlich. Wie aus den Ausführungen des Vorsitzenden, Gen. Thiele, zu entnehmen war, kann das Vergnügen der gestrigen Obstruktion, dem Kreis, resp. der Bevölkerung einige Hunderttausend Mark kosten. Trotzdem Gen. Thiele ganz eindringlich auf die Gefahren hinwies, die bei Ablehnung des Haushaltsetats für die Bevölkerung entstehen können, lehnten die Unabhängigen, in ihrem blindwütigen Haß gegen den Gen. Thiele, denselben ab. Infolge der Neuregelung des Kommunalsteuerverhebungsrechtes und der zu erwartenden Zuschüsse durch das Reich, erzibt sich für die Kreise, in ihrem eigenen Interesse die Pflicht, die Etats so schnell wie möglich zu verabschieden, da hiervon zu einem großen Teile die Reichs- oder Staatszuschüsse abhängig gemacht werden. So kann jetzt der Bevölkerung des Saalkreises, die sich in ihrer großen Mehrheit aus Besitzlosen zusammensetzt, diese Obstruktion noch sehr teuer zu stehen kommen.

Für das Verhalten des Oppositionsregisseurs Driebusch, Schönewitz, gegenüber dem Vorsitzenden, war der folgende kleine Zwischenfall bezeichnend. Die Unabhängigen, resp ihr Wortführer Driebusch behaupteten, die Sitzung sei ungesetzmäßig einberufen worden und sie müßten schon deshalb den Etat ablehnen. Gen. Thiele widersprach dem und hielt die Gesetzmäßigkeit der Sitzung aufrecht. Sofort rutschte Herr Driebusch wieder vom Boden der Sachlichkeit und ließ zwischen seinen Worten durchschimmern, daß Gen. Thiele wahrscheinlich die Gesetzgebung nicht genau kenne (was auch wieder ein Seitenhieb sein soll, da dies von einem Landrat verlangt werden muß! D. R.) Nachdem sprachen Vertreter des Großgrundbesitzes, die ebenfalls auf dem Standpunkt standen, daß die Sitzung gesetzmäßig sei. Zu dem gleichen Urteil gelangte der neutrale Kreisjustizrat Dr. Hauswaldt. Erst jetzt ging Herrn Driebusch ein Licht darüber auf, daß seine Auslegung der Gesetze nicht unfehlbar ist und er gab dann zu, daß man eben jedes Ding von zwei Seiten betrachten kann. Wie er erklärte, sei es im bürgerlichen Leben oft so.

Ja Herr Driebusch, wenn dem so ist, warum verdächtigt man aber dann erst einen alten erfahrenen Politiker und Parlamentarier der Unkenntnis? Wir haben diesen kleinen Ausschnitt aus dem großen Rahmen der obstruktiven Gesamthandlungsweise der Unabhängigen nur gebracht, um zu zeigen, wie bei den fortwährend provozierten Reibungen, sich immer und immer wieder der Verdruß der gehässigen, persönlichsten Verunglimpfung zeigt. Daß das disziplinlose Gebahren der sich gewiß sehr radikal dünkenden unabhängigen Kreistagsvertreter der Arbeiterbewegung ungeheuer schadet und ihr einen großen Teil des Ansehens kostet, zeigen die Gesichter der ebenfalls vertretenen deutschnationalen Großgrundbesitzer. Doch, sogar diesen Herren wird das blindwütige Hassgetue des Driebusch und Konsorten oft zuwider. So mußten sie sich gestern von dem Rittergutsbesitzer Teubner ermahnen lassen, doch ihren Haß zu zügeln und auch mit dem politischen Gegner sachlich und ohne die kindische, persönlich-gehässige Note zu verhandeln. Beschämt mußten die Herren diese verdiente Abfuhr einstecken.

Die Sachlage wird etwas näher mit folgender, von den Unabhängigen eingebrachten Entschließung beleuchtet:

„Von einem Viertel der Kreistagsmitglieder war Anfang Mai d. Js. gemäß § 118 Abs. 2 und 3 der Kreisordnung beantragt worden, einen Kreistag als dringend einzuberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Abschluß eines Vertrages mit dem „Volksblatt" Halle. 2. Beschlußfassung über Weiterbesoldung eines Arbeiterratsmitgliedes. 3. Eventualantrag: Beschlußfassung über die Beanstandung der gefaßten Beschlüsse.

Diesem Antrag hatte der Vorsitzende des Kreisausschusses des Saalkreises, der kommissarische Landrat Herr Thiele, stattgegeben indem er zum 27. Mai d. Js. eine Kreistagssitzung einberief und folgenden Punkt als 1. der Tagesordnung mit hinzufügte: Feststellung des Haushaltsvoranschlages des Saalkreises für das Rechnungsjahr 1920. Infolge des provokatorischen Auftretens des kommissarischen Landrats Thiele, auf eine an den Kreistag gerichtete Anfrage eines U. S. P.-Kreistagsmitgliedes, den der U. S. P. angehörenden 24 Kreistagsmitgliedern gegenüber, konnte die Tagesordnung nicht erledigt werden, da die Mehrheit der Kreistagsmitglieder als Protest gegen dieses undemokratische Aufbegehren des Vorsitzenden den Sitzungssaal verließ.

Für den 15. Juni d. Js. ist nun erneut eine Kreistagssitzung einberufen mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: Feststellung des Haushaltsvoranschlages des Saalkreises für das Rechnungsjahr 1920. Durch das wissentliche und peinlichst öffentliche Ausschalten der Anfang Mai als dringend geforderten Tagesordnungspunkte, wie oben unter 1., 2. und 3. genannt, erblicken die der U. S. P. angehörenden 24 Kreistagsmitglieder eine direkte Verhöhnung ihrer Anträge und Beschlüsse seitens des kommissarischen Landrats Thiele. Sie sprechen ihm daher erneut und wiederholt ihr allerschärfstes Mißtrauen aus und erklären der Regierung und dem Ministerium ebenfalls erneut und wiederholt mit allem Nachdruck, daß sie einem Renegaten Thiele in keiner Weise Gefolgschaft leisten werden.

Die U. S. P.-Mitglieder des Kreistages, 24 an der Zahl, weisen zugleich auf das eindeutige Wahlergebnis zur Reichstagswahl am 6. d. Mts. im Saalkreise hin das zugleich die deutlichste Ablage an Herrn Thiele ist. Ferner weisen sie auf den gesetzmäßig gefaßten Kreistagsbeschluß vom 13. April d. Js. hin, wonach der Kreistag des Saalkreises mit 24 gegen 12 Stimmen beschlossen hat, dem Staatsministerium den Amtsvorsteher Driebusch-Schönewitz zur Ernennung als Landrat vorzuschlagen. Mit Befremden stellen sie ferner fest, daß die Staatsregierung trotz verschiedener Eingaben nach Verlauf von reichlich acht Wochen noch in keiner Weise hierzu Stellung genommen hat, was nach Ansicht der Kreistagsmehrheit nun im Interesse des Saalkreises schleunigst geschehen muß."

Aus dieser geschwollenen Erklärung ist zu ersehen, wie unendlich schwer die armen Unabhängigen unter der Fuchtel des Gen. Thiele zu leiden haben. Sie sind die Schäflein der reinsten Unschuld und nur der böse Wolf Thiele stört im Kreisständehause die paradiesische Ruhe.

Ueber die „Ungesetzmäßigkeit" der Sitzung, der diese Entschließung zu Grunde gelegt wurde, schrieben wir gleich zu Anfang. Die geistige Verfassung der Urheber offenbart sich bei der Beschimpfung des „Renegaten" Thiele. Man braucht hierüber kein Wort zu verlieren, wenn man sich folgende Tatsachen vergegenwärtigt:

Gen. Thiele, der in den Kämpfen für die Arbeiterklasse ergraute Parteiveteran, welcher der hallischen Arbeiterschaft insbesondere seit drei Jahrzehnten unermeßliche Dienste geleistet hat; der zu Anfang des letzten Jahrzehntes des vorigen Jahrhunderts unter Aufbietung drückendster persönlicher Opfer den Boden schuf, auf dem sich die hiesige kraftvolle Arbeiterbewegung aufbauen konnte, deren hervorragendster Führer dann der Gen. Thiele viele Jahre war und die er in unzähligen Fällen in selbstlosester Weise vertreten hatte. Im Laufe der letzten Jahre trat er in sachlichen Gegensatz zu dem starken radikalen Flügel und verlor deshalb den zusammenhängenden organisatorischen Kontakt mit der hier herrschenden radikalen, jetzt unabhängigen, Richtung. Deshalb, weil er in sachlichem Gegensatz zu den Radikalen trat, seine Ueberzeugung nicht verleugnen konnte und dafür seine Popularität opferte, beschimpft man ihn hier öffentlich, von „sozialistischer Seite, als „Renegat". Den lautesten „Renegat"-Rufer, Driebusch, haben wir bereits in unserer Nummer 123 vom Freitag, den 28. Mai, näher beleuchtet. Auf unsere gewiß sehr peinlichen Fragen hat dieser Herr bisher noch nicht geantwortet. Dieser Mann wird von den Unabhängigen als Gegengewicht gegen den Gen. Thiele angeführt. Jeder rechtlich und sachlich denkende Mensch muß zugeben, daß er dem Gen. Thiele die Maße nicht im geringsten halten kann. — Thiele und Driebusch, ein Riese und ein Heinzelmännchen!

Die Löhne der mitteldeutschen Bergarbeiter im Jahre 1917.

Von der rechtsstehenden Presse wird immer ganz besonders die Meinung verbreitet, daß die Bergarbeiter durch ihre Forderungen die Schuld an den hohen Kohlenpreisen trügen. Daß dem nicht so ist, zeigen die amtlichen statistischen Zahlen. Nach dem Bericht über die Löhne der Braunkohlenarbeiter im Oberbergamtsbezirk Halle waren im 4. Quartal 1919 79 185 Arbeiter beschäftigt. Auf einen Arbeiter entfallen 77 Schichten im Quartal. Verteilt auf die einzelnen Gruppen sind folgende Löhne je Arbeitsschicht verdient worden:

Gruppe	Zahl der Beschäftig.	Durchschnittsl. je Schicht
eigentliche Bergarbeiter (unterirdisch)	6335	22.69 M
eigentliche Bergarbeiter (Tagebau)	27873	18.27 M
sonstige Bergarbeiter (unterirdisch)	3105	18.18 M
sonstige Bergarbeiter (Tagebau)	7127	17.78 M
über Tage Beschäftigte	27715	17.67 M
Arbeiterinnen	4988	10.57 M
Jugendliche unter 16 Jahren	1742	7.82 M
Durchschnitt:	79185	17.06 M

Man sieht daraus, daß nur 6335 Arbeiter einen Lohn von über 20 Mark je Schicht verdienten; alle übrigen blieben weit unter diesem Verdienst. Es wird wohl niemand zu behaupten wagen, daß bei den im 4. Quartal herrschenden Lebensverhältnissen die Löhne ausreichten, um die Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Noch krasser tritt die unzulänglichkeit in die Erscheinung, wenn man sich den Durchschnittsverdienst je Schicht im ganzen Jahr ansieht. Nach demselben amtlichen Berichte waren im Durchschnitt im Braunkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Halle 69 150 Arbeiter beschäftigt. Durchschnittlich sind von einem Arbeiter 301 Schichten verfahren worden. Je Arbeitsschicht wurde verdient:

Gruppe	Zahl der Beschäftig.	Durchschnittsl. je Schicht ein Arbeitstag
eigentliche Bergarbeiter (unterirdisch)	5394	16.67 M
eigentliche Bergarbeiter (Tagebau)	23857	14.41 M
sonstige Bergarbeiter (unterirdisch)	3043	13.80 M
sonstige Bergarbeiter (Tagebau)	5739	14.17 M
über Tage Beschäftigte	24133	13.84 M
Arbeiterinnen	5325	8.22 M
Jugendliche unter 16 Jahren	1659	6.22 M
Durchschnitt:	69150	13.07 M

Nur 5394 Arbeiter erzielten einen Durchschnittsverdienst von über 16 Mark auf die Schicht; alle übrigen blieben darunter. Dabei muß noch beachtet werden, daß diese Löhne auch die Zuschläge für Sonntagsarbeiten enthalten und in Wirklichkeit noch etwas niedriger sind. Die Statistik widerlegt aber auch die verbreitete Ansicht, daß die Braunkohlenarbeiter durch viele Streiks und Fernbleiben von der Arbeit das Wirtschaftsleben sabotiert hatten und Schuld tragen, daß eine Besserung noch nicht eingetreten ist. Wenn auf einen Arbeiter 301 Schichten im Jahre fallen, kann man nicht von Sabotage zur Vernichtung des Wirtschaftslebens sprechen. Wenn jetzt in Unternehmerkreisen für Reduzierung der Löhne stark Propaganda gemacht wird, so zeigen die Zahlen über die Bergarbeiterlöhne, daß der Bergarbeiter auch im Jahre 1919 nicht auf Rosen gebettet war, und der Lohn mit den wirtschaftlichen Verhältnissen erst in Einklang gebracht werden muß.

Das schlauende Gewissen.

Die unabhängige „Magdeburger Volkszeitung" läßt sich sehr kleinlaut über den Wahlausfall aus. Daß im Bezirk Magdeburg-Anhalt die Stimmenzahl der alten Sozialdemokratie rund 277 000, die der unabhängigen Partei nur etwa 156 000 beträgt, wir ihr kurz alles erklärten Hetze noch wie vor ungeheuer voraus sind hat die Leichen ernüchtert. Der Traum der unabhängigen „Mehrheits"-sozialisten ist ausgeträumt. Nun schlägt das böse Gewissen. Denn auch die sozialistische Parlamentsmehrheit im Reiche ist ferner denn je. So kehrt denn einen Augenblick die „Magdeburger Volkszeitung" in sich und spricht resigniert:

„Die Wahl hätte — seien wir offen — ein Schritt auf dem Wege zum Sozialismus sein können, indem durch Anschmiegen der gesamten sozialistischen Stimmen, der Wille der Massen zum Sozialismus zum Ausdruck gekommen wäre. Das hätte den kommenden Kämpfen besondere Wucht verliehen. Das ist nicht der Fall... Wir haben also mit einer Regierung von Deutschnationalen, deutschen Volkspartelern, Zentrümlern — vielleicht — Demokraten zu rechnen."

Und weiter folgert das unabhängige Blatt:

„Die deutschnationalen Agrarier werden schamloser als bisher ihren Beutezug auf die Taschen des hungernden Volkes ausführen und sich Riesengewinne erraffen. Niedere Löhne, höhere Preise und größere Knechtung werden die ersten schlimmen Folgen sein. Erhöhter Steuerdruck, noch stärkerer Ausbau der militärischen Reaktion wird folgen. Neue Verwicklungen mit der Entente können dann nicht ausbleiben. Das ist kurz der „Erfolg" des Stumpfsinnes der Massen und der Koalitionspolitik."

Nein, nicht der „Stumpfsinn der Massen", wie das Magdeburger unabhängige Organ schimpfend meint, sondern die verfluchte, von den Unabhängigen und dem sonstigen Phrasenradikalismus in manchmal gemeinster Weise betriebene Zersplitterung der Arbeiterklasse verschuldet das, was die unabhängige Volkszeitung in einer Stunde der Besinnung selber schreibt.

Offenbar ist das Blatt sich auch der eigenen Schuld nun bewußt, denn es versucht bereits von neuem, die Last der Schuld abzuwerfen. Pharisäerhaft schlägt es an seine Brust und ruft mit heuchlerischem Augenaufschlag: „Wir waren die Zersplitterer nicht"

Nur gemach, ihr Leute, wer die Zersplitterer waren, wird euch die Arbeiterklasse dereinst noch sehr deutlich sagen.

Die Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen

in Merseburg hat 1919 folgende Ergebnisse erzielt:

Die Versicherungssumme ist um 662 Millionen Mark auf 8519 Millionen Mark, die Beiträge der Versicherten sind um 558 000 Mark auf 8 294 000 Mark gestiegen. An Schadenvergütungen waren 1 790 000 Mark zu zahlen. Im einzelnen entfallen auf die Feuerversicherung 3818 Millionen Mark Versicherungssumme, 3 040 000 Mark Beiträge der Versicherten und 1 663 000 Mark Schadenvergütungen; auf die seit dem Jahre 1914 betriebenen Nebenzweige und zwar auf die Einbruchdiebstahlversicherung 130 Millionen Mark Versicherungssumme, 100 000 Mark Beiträge der Versicherten und 122 000 Mark Schadenvergütungen und auf die Wasserleitungsschadenversicherung 67 Millionen Mark Versicherungssumme, 15 000 Mark Beiträge der Versicherten und 5000 Mark Schadenvergütungen. Für öffentliche Zwecke, insbesondere zur Förderung der Feuersicherheit, wurden 49 000 Mark aufgewendet. Der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben betrug bei der laufenden Verwaltung — nach Abführung von 1 100 000 Mark an den neugegründeten Beamtenpensionsfonds — noch 4000 Mark. Das Vermögen stellte sich am Jahresschlusse bei Berechnung der Wertpapiere nach dem Nennwerte auf 17,9 Mill. Mark, bei Berechnung der Wertpapiere nach dem Kurswerte auf 11,8 Millionen Mark.

Brand von Kohlenlagern im Geiseltal.

Durch Selbstentzündung infolge der großen Hitze gerieten am Sonntag die Grube „Leonhard" bei Frankleben sowie die zum Michaelsconsern gehörige Grube „Nesta" in Brand. Eine ziemlich hafte Tätigkeit der Belegschaften setzte sofort ein, um den Brandherd einzuschränken. Auch die Feuerwehren der Ortschaften griffen ein. Die Gefahr galt am Sonntagabend als nahezu beseitigt, wenn es auch noch einige Zeit dauern wird, ehe der Brand gelöscht sein wird. Die Brikettfabrikation in den betreffenden Werken ist nicht gestört. Montag vormittag rückte ein Löschzug der hallischen Berufsfeuerwehr in das Brandgebiet, um bei den Löscharbeiten sachgemäße Hilfe zu leisten. Das Feuer war bis in die Nähe von Ammendorf sichtbar.

Ammendorf. Treibriemendiebstahl. Gestohlen wurden in der Nacht zum 15. d. M. in Ammendorf 3 Treibriemen 15 Meter lang, 340 Millimeter breit 10 Millimeter stark; 7 Meter lang, 170 Millimeter breit, 7 Millimeter stark; 7 Meter lang, 160 Meter breit, 7 Millimeter stark. Für Ermittelung der Tätern sind 1000 Mark Belohnung ausgesetzt. Das Werk mußte infolge Fehlens der Riemen den Betrieb einstellen.

Lochau. Totgedrückt. Zwischen die Puffer geriet in einer Ammendorfer Fabrik der noch jugendliche Arbeiter Franz Bock von hier beim Rangieren von Loren; er wurde zu Tode gequetscht. Er war erst unlängst aus englischer Internierung nach Deutschland zurückgekehrt.

Papitz-Schkeuditz. Mitgliederversammlung. Am Sonnabend abend fand im Vereinslokale „Landhaus Papitz" unsere fällige Monatsversammlung statt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Aussprache über die Reichstagswahl. In Papitz hatte unsere Liste eine Zunahme von 20 Stimmen gegen das Vorjahr aufzuweisen, während wir in Schkeuditz mit einem kleinen Verlust von etwa 40 Stimmen abzuschneiden haben. Die U. S. P. hat sowohl in Papitz wie in Schkeuditz Verluste erlitten. Die beiden Rechtsparteien haben an Stimmen gewonnen. Die Demokraten haben verhältnismäßig am meisten eingebüßt. Am besten wurde von unseren Genossen in Papitz und Schkeuditz gearbeitet, während auf den umliegenden Ortschaften naturgemäß fast nichts unternommen wurde, weil die nötigen Kräfte hierzu fehlten. Unser Ortsverein wird es sich zur Aufgabe machen, künftig auch die umliegenden Orte zu bearbeiten. Fürs erste tut freilich Unterstützung not vom Unterbezirk sowohl als auch vom Bezirk. — Als Delegierter zu der am 27. d. M. tagenden Unterbezirkskonferenz in Merseburg wurde Genosse Wagner gewählt. — Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Sonnabend, den 01. Juli statt und wird erwartet, daß sich die Genossinnen und Genossen etwas reger an unseren Zusammenkünften beteiligen als bisher.

Augsdorf. Sammlung für die Mansfelder. Der Ortsverein der S. P. D. unternahm zugunsten der durch die Hochwasserkatastrophe Geschädigten in Mansfeld eine Sammlung, die den Betrag von 370 Mk. ergab. Der Betrag wurde der Kreiskommunalkasse Mansfeld zugeführt.

Güsten. Festnahme einer Eisenbahndiebesgesellschaft. Der Magdeburger Kriminalpolizei ist es gelungen, eine Diebesgesellschaft festzunehmen, die seit zwei Jahren auf dem hiesigen Güterbahnhofe umfangreiche Diebstähle ausgeführt hat. Verhaftet wurden bisher zehn Personen aus Amesdorf unter ihnen der Rädelsführer, der Stellenlose Breithols, ebenso der frühere Schaffner Sauer, der sich aus den Erträgnissen seines lichtlichenen Gewerbes einen Wagen und zwei Pferde angeschafft hatte und damit das Diebesgut abfuhr. Die Täter stahlen aus hier haltenden Güterzügen und aus Zügen, die keine Einfahrt hatten, alles, dessen sie habhaft werden konnten. Den Aufbewahrungsort ihrer Beute bildeten hauptsächlich Erbpachthäuser in Amesdorf und Transformatorenhäuser. In den Erbpachthäusern wurden u. a. Fahrräder, Textile, seidene und andere Stoffe, elektrische Apparate usw. aufgefunden und beschlagnahmt. In Amesdorf war das Treiben dieser Gesellschaft bei weitem bekannt; aus Furcht vor der Bande, die mit Gewalttätigkeiten drohte wagte aber niemand, Anzeige zu erstatten.

Frose. Grube „Konkordia" infolge Wassereinbruches ersoffen. Eine große Betriebsstörung, deren Folgen noch nicht abzusehen sind ist auf der benachbarten Braunkohlengrube „Konkordia-Rachersteedt" durch plötzlichen Durchbruch des Grundwassers entstanden, wahrscheinlich als Folge eines am Freitag erfolgten Erdrutsches im Tagebau. Die Wasser sind in Schacht 7 durchgebrochen und haben zurzeit auch die Schächte 5 und 6 erfüllt, deren Strecken durch den gewaltigen Druck teilweise zusammengeschlagen sind. Das Wasser steigt noch und hat im Tagesbau, wohin es sich auch durchdrückte, eine Höhe von 4 Meter erreicht. Da die Wasser gewaltige dicke Schlammassen mit sich führen sind die Pumpa-heiten sehr erschwert. Wie lange der Betrieb ruht, ist gar nicht abzusehen. Die Grube beschäftigt eine Belegschaft von ca. 2500 Mann.

Braunschweig. Kommunalisierung der Wohnungsvermittlung. Da die private Wohnungsvermittlung zu großen Unzuträglichkeiten geführt hatte und das Wohnungsangebot noch wie vor in argen Mißverhältnissen zur Nachfrage steht, beschloß der Rat der Stadt, das private Verfügungsrecht über Wohnungen aufzuheben. Jede freiwerdende Wohnung muß dem Wohnungsamt gemeldet werden, worauf Zuweisung eines Mieters erfolgt.

Parteinachrichten.

Parteitag im Oktober.

Der Parteiausschuß ermächtigte in seiner Sitzung den Parteivorstand, die Vorbereitungen zu möglichst baldigem Zusammentritt eines ordentlichen Parteitages zu treffen.

Voraussichtlich wird der Parteitag Anfang Oktober in Cassel stattfinden doch sind Datum und Ort der Tagung noch von der Reichstagstagung und anderen politischen Ereignissen abhängig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200616-16/fragment/page=0006